

Landtagswahl 2017

Forderungen der Wirtschaft

an die neue Landesregierung





Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim
Neuer Graben 38
49074 Osnabrück
Tel. 0541 353-0
Fax 0541 353-122
E-Mail ihk@osnabrueck.ihk.de
Internet <http://www.osnabrueck.ihk24.de>

Bildnachweis

stock.adobe.com: ehrenberg-bilder (S. 1 re.), Marco2811 (S. 10), Gina Sanders (S. 23), Falko Matte (S. 24), Sunny studio (S. 33); Fotolia.de: Mari_art (S. 1), Foto-Ruhrgebiet (S. 1), LVDESIGN (S. 1 li.), kalafoto (S. 1 mi.), DOC RABE Media (S. 8), Petair (S. 16), Jean-Marie Guyon (S. 19), Mike Haufe (S. 21), tashatuvango (S. 22), JWS (S.25), Windsor (S. 28), Photographee.eu (S. 31), Hugo de Wolf / 36clicks (S. 43); Shutterstock: Creativa Images (S. 11)

Osnabrück, September 2017

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher und schriftlicher Genehmigung der IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim.



Inhaltsverzeichnis

Thema	Seite
Vorwort	5
1. Vorfahrt für berufliche Bildung: Mehr Jugendliche in Duale Ausbildung bringen	6
2. Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen verbessern	9
3. Nachhaltige Finanzpolitik ohne Steuererhöhungen durchsetzen	12
4. Verkehrsprojekte optimal planen, finanzieren und umsetzen – Verkehre sinnvoll lenken	14
5. Durch Digitalisierung eine Basis für wirtschaftlichen Erfolg legen	17
6. Umfassende Außenwirtschaftsförderung zur Internationalisierung des Mittelstands anbieten	20
7. Standortvorteile durch Energiewende zielgerichtet nutzen und ausbauen	23
8. Akzeptanz von Industrieprojekten zur Standortsicherung steigern	26
9. Bürokratielasten für den Mittelstand senken – Zulassungs- und Genehmigungsverfahren straffen	29
10. Unternehmensgründungen sowie FuE im Mittelstand erleichtern	32
11. Versorgungsfunktionen des Handels in allen Wirtschaftsräumen auch raumordnerisch gewährleisten	35
12. Potenziale im Tourismus gezielt ausschöpfen	38
13. Maritime Wirtschaft für die Märkte der Zukunft rüsten	41



Bitte beachten

Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsneutrale Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.



Vorwort

Am 15. Oktober 2017 findet die vorgezogene Landtagswahl in Niedersachsen statt. Der neue Landtag wird vor vielfältigen Herausforderungen stehen. International drohen durch den zunehmenden Protektionismus negative Auswirkungen auf den Exportstandort Niedersachsen. Im Land selbst führt nicht zuletzt der demografische Wandel zu einem ausgeprägten Fachkräftemangel. Gleichzeitig stellt die Digitalisierung die gesamte Wirtschaft vor neue Herausforderungen.

Gesucht sind deshalb zukunftsweisende Lösungen, damit die niedersächsische Wirtschaft weiter wachsen kann. Das vorliegende Papier „Forderungen der Wirtschaft an die neue Landesregierung“ der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern greift die aktuellen wirtschaftspolitischen Themen auf und leitet daraus Handlungsempfehlungen für die Politik ab. Die Stärkung der dualen Berufsausbildung und der Standortattraktivität Niedersachsens sind hier nur zwei wichtige Themen.

Das Papier führt insgesamt 13 Handlungsfelder auf. Zu jedem Handlungsfeld werden die aktuelle Lage und die damit verbundenen Herausforderungen beschrieben. Die dann folgenden Handlungsempfehlungen sollen eine Grundlage bieten für den wichtigen Dialog zwischen Politik und Wirtschaft.

Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre und freuen uns über Ihr Interesse an unserer Arbeit.

Freundliche Grüße

Martin Schlichter
Präsident

Marco Graf
Hauptgeschäftsführer



Martin Schlichter
Präsident

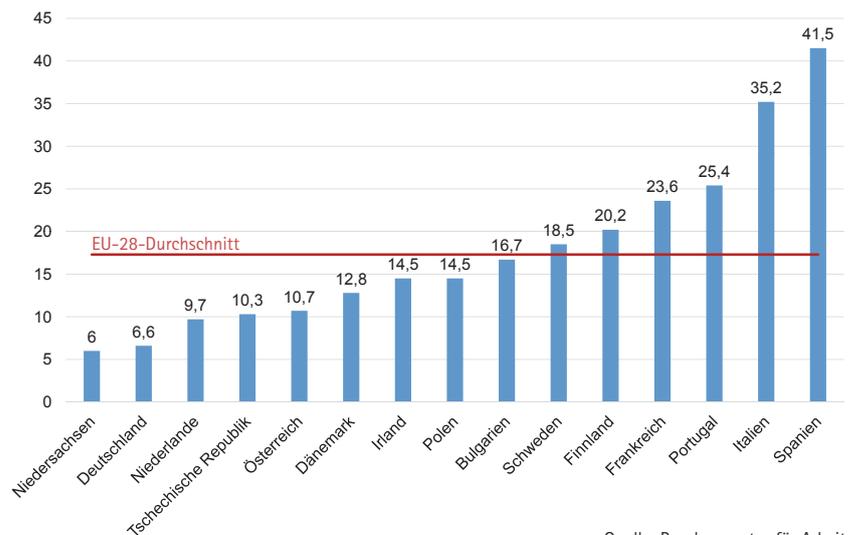


Marco Graf
Hauptgeschäftsführer

1. Vorfahrt für berufliche Bildung: Mehr Jugendliche in Duale Ausbildung bringen

Der Fachkräftemangel ist in vielen Branchen – unter anderem in der Tourismus- und der Gesundheitswirtschaft – und in Teilregionen Niedersachsens angekommen. Die Digitalisierung wird die Anforderungen an die berufliche Bildung verändern. Daher müssen Standortqualität und -marketing sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die Aus- und Weiterbildung systematisch weiterentwickelt werden. Insbesondere kommt es darauf an, Menschen aus Niedersachsen noch stärker an unser Land zu binden. Dabei kommt vor allem der Dualen Ausbildung besondere Bedeutung zu. Trotz eines deutlichen Trends zum Studium genießt sie – insbesondere bei Unternehmen – große Wertschätzung und entfaltet regionale Bindungswirkung sowie große Integrationskraft in den Arbeitsmarkt. Dies gilt umso mehr, als viele Unternehmen vor allem Mitarbeiter mit beruflichem Aus- oder Weiterbildungsabschluss, weniger dagegen Akademiker, suchen.

Abbildung 1: Erfolgsmodell Duale Ausbildung
Jugendarbeitslosigkeit der Unter-25-Jährigen im Februar 2017 in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Wie es ist

Duale Ausbildung ist attraktiv ...

Über 80 Prozent aller niedersächsischen Azubis in IHK-Berufen würden sich nach den Ergebnissen der IHKN-Azubi-Umfrage 2016 wieder für „ihren Beruf“ entscheiden. Sie bewerten die Ausbildung im Schnitt mit „gut“. Die Duale Berufsausbildung ist auch für leistungsstarke Jugendliche attraktiv: Der Anteil Auszubildender mit Hochschulzugangsberechtigung liegt im langjährigen Mittel bei rund 29, der der Studienabbrecher bei fast fünf Prozent. Aber auch schwächere Jugendliche haben hier eine gute Chance: Fast die Hälfte der Risikoschüler (lt. Pisa gut ein Fünftel) wird in Ausbildung integriert. Duale Ausbildung ist das geeignete Rezept gegen Jugendarbeitslosigkeit: Diese liegt im Bundesdurchschnitt bei 6,6 Prozent, in Niedersachsen sogar nur bei sechs Prozent und damit gut zehn Prozentpunkte unter dem europäischen Mittel (s. Abbildung 1).

... verliert aber an Boden

Dennoch verliert die Duale Berufsausbildung in Deutschland seit 2011 kontinuierlich an Nachfrage. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist in Niedersachsen seitdem von ca. 60.000 auf nunmehr gut 55.000 zurückgegangen. Rund ein Drittel der Unternehmen in Niedersachsen konnte 2016 nicht mehr alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen. Diese Zahl hat sich seit 2010 fast verdoppelt (2010: 17 %).

Demografie ist wesentliche Ursache, Zuwanderung schließt die Lücke nicht

Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren demografisch bedingt verschärfen. Der Zustrom von Flüchtlingen und Migranten wird die Nachfragerücke nach beruflicher Ausbildung nicht schließen. Dafür ist die Zuwanderung zu gering. Zudem: Nach Erfahrungen der Bundesagentur für Arbeit braucht die Hälfte der Flüchtlinge fünf Jahre und mehr, um den Sprung in den Beruf zu schaffen. Nur rund jedem Zehnten gelingt ein Berufsstart in den ersten zwei Jahren.

Vollzeitschulische Bildungsgänge und Akademisierung verstärken den Trend

Azubis werden auch knapper, weil in der öffentlichen Diskussion der Erwerb höherer schulischer und akademischer Abschlüsse als Bildungsziel sehr stark in den Vordergrund gestellt wird. Auch stehen immer noch vollzeitschulische Bildungsgänge im Wettbewerb zur Dualen Ausbildung. Dies fördert die Verschiebung hin zu schulischen und akademischen Qualifikationen. Ein arbeitsteiliges, technologie- und exportstarkes Land braucht aber beides, Akademiker und Fachkräfte. Darüber hinaus können Bildungsabschlüsse mit Bachelor- und Master-Niveau auch über eine berufliche Aus- und Weiterbildung erreicht werden. Das ist oft aber kaum bekannt oder wird nicht zur Kenntnis genommen.

Berufsschulbesuch erfordert oft lange Wege, zudem bestehen Lehrereingpässe in technischen Berufen

Nicht zuletzt verfügen die Berufsschulen an einigen Standorten nicht über die personelle und sachliche Ausstattung, die eine moderne Ausbildung braucht. Dabei wird übersehen, dass Ausbildung gerade für kleine Unternehmen und den Mittelstand, insbesondere in ländlichen Regionen, oft die einzige Möglichkeit zur Nachwuchssicherung ist. In manchen Flächenregionen sind heute schon über 50 Prozent der Fachklassen gefährdet.

Was zu tun ist



Mehr Jugendliche für eine Duale Ausbildung begeistern

Notwendig ist, dass die Duale Ausbildung als attraktiv wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Dazu gehört – neben monetären und inhaltlichen Aspekten – eine bessere Berufsorientierung und -beratung (s. Positionen unter „Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen verbessern“, S. 9 ff.). Wichtig sind auch Angebote für leistungsstärkere Azubis. So sollten regelmäßig eigene Klassen angeboten werden, die stärker als bisher die vorhandenen Talente der Azubis ausschöpfen. Verzahnte Ausbildungs-, Weiterbildungs- und/oder Duale Studienmodelle, bei denen ein Berufsausbildungsvertrag abgeschlossen wird, sollten ausgebaut werden. Entsprechende Modelle fördern die Wertigkeit der Dualen Ausbildung und tragen damit zu einer Attraktivitätsverbesserung des Angebots bei. Zudem bieten sie gerade kleineren und mittleren Unternehmen zusätzliche Chancen, gezielt leistungsstärkere junge Menschen für anspruchsvolle Aufgaben zu gewinnen.

Berufliche Bildungsgänge in Vollzeit abbauen

Auf den Prüfstand gehören die Fachoberschule Klasse 11 und die berufsqualifizierenden Assistentenausbildungen, die im Wettbewerb zu Dualer Ausbildung stehen. Ein Verzicht schränkt die Durchlässigkeit zu weiterführenden Angeboten nicht ein. Bei der Abschaffung dieser Bildungsgänge sind insbesondere auch die Schulträger gefordert. Aus den Einsparungen können bessere Lösungen vor allem für die möglichst wohnortnahe Beschulung finanziert werden.

Für Azubis kurze Wege zum Betrieb und in die Schule ermöglichen

Ein qualitativ hochwertiges, schnell erreichbares Berufsschulangebot vor Ort ist ein wesentlicher Faktor für die Unternehmen, Fachkräfte zu gewinnen und in den Regionen zu halten. Zahlreiche Klassen der Teilzeitberufsschule sind aufgrund sinkender Schülerzahlen bereits jetzt von der Schließung bedroht. Insbesondere in Flächenregionen sind Lösungen zu entwickeln, die den Wirtschaftsstandort sichern. Vorrangig vor weiteren Anstrengungen zur Zusammenarbeit einzelner Berufsschulstandorte könnte hier auch die Schaffung von „Flächenboni“ zielführend sein.

Berufsschulen mit mehr gut ausgebildeten Lehrern und zeitgemäß ausstatten

Die Unterrichtsversorgung liegt an einer Reihe von Berufsschulen deutlich unter 90 Prozent. Hier muss das Land Personal aufstocken. Der Lehrerberuf muss zudem attraktiver werden, um bestehende Engpässe, besonders auch in technischen Disziplinen, aufzufangen. Erforderlich ist auch der Ausbau von Aus- und Weiterbildung mit digitalisierungsrelevanten Inhalten. Aber auch bei Baulichkeiten und Ausstattung besteht bei einigen Schulen Handlungsbedarf. Sie muss flächendeckend den Ansprüchen an eine moderne qualitativ überzeugende Duale Berufsausbildung genügen. Schulträger, die dies nicht gewährleisten können, benötigen die Unterstützung durch Bund oder Land.

Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Dualer Ausbildung Vorfahrt geben?
- Halten Sie das derzeitige Berufsschulangebot und die Ausstattung der Berufsbildenden Schulen mit Personal, Räumen und technischer Ausstattung – auch angesichts der Digitalisierung – für ausreichend? Was wollen Sie tun, um die Situation zu verbessern?
- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass Berufsschullehrer für die neuen technischen Anforderungen qualifiziert sind?
- Wie wollen Sie sich für eine möglichst wohnortnahe Beschulung in der Berufsschule einsetzen?



Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

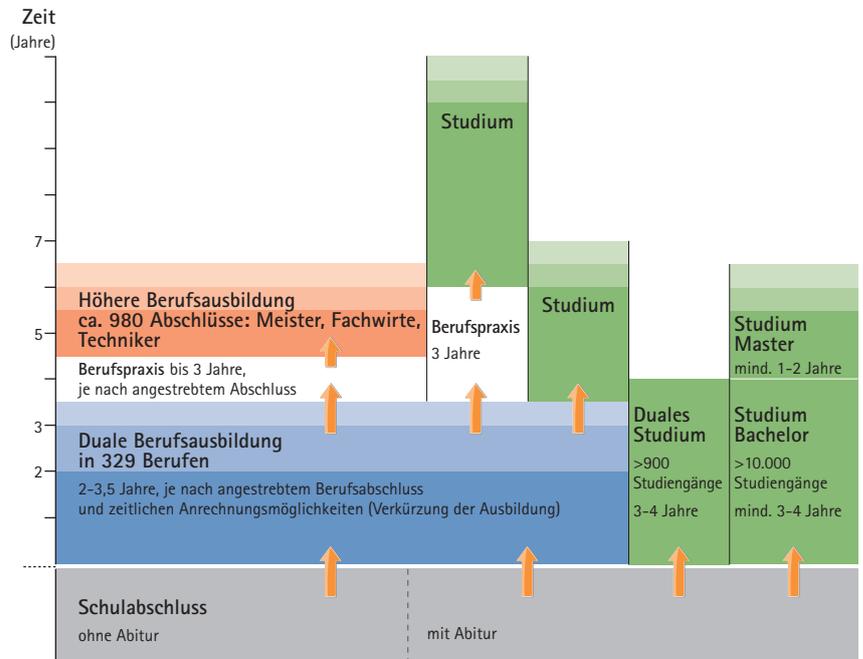


- Wir organisieren mit mehr als 16.660 ehrenamtlichen Prüfern rund 32.700 Ausbildungs-Abschlussprüfungen und rund 13.800 Weiterbildungsprüfungen pro Jahr.
- Wir beraten und informieren unsere Mitgliedsunternehmen und deren Auszubildende sowie Politik und Verwaltung in Aus- und Weiterbildungsfragen.
- Wir engagieren uns in der Berufsorientierung, setzen Impulse mit innovativen Modellen (z. B. Ausbildungsbotschafter), werben für Bildung, insbesondere Aus- und Weiterbildung und technische Berufe, und helfen Unternehmen bei der Nachwuchsgewinnung.
- Wir betreiben eine gemeinsame Lehrstellenbörse im Internet unter www.ihk-lehrstellenboerse.de und führen Veranstaltungen durch, die Bewerber mit Betrieben zusammenbringen.
- Wir bieten zeitgemäße Weiterbildungsformate und Duale Studiengänge zur Fachkräfteentwicklung.

2. Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen verbessern

Mögliche Karrierewege für junge Nachwuchskräfte sind äußerst vielfältig (s. Abbildung 2). Junge Menschen haben daher vielfach keine klare Vorstellung darüber, wie es nach der Schule weitergehen soll. Fehlende Berufsorientierung führt zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen. Viele junge Menschen müssen ihre Berufs- und Bildungswegentscheidungen revidieren, da sie ihre Entscheidung teilweise mit falschen Erwartungen oder unzureichenden Informationen getroffen haben. Bundesweit brechen 29 Prozent der Bachelorstudenten ihr Studium ab, in Mathematik und Naturwissenschaften sind es sogar 39 Prozent. Auch im Ausbildungsbereich kommt es bei immerhin jedem vierten Ausbildungsverhältnis zur Vertragslösung. Diese sind nicht nur auf mangelnde schulische Grundkenntnisse oder Passungsprobleme, sondern auch auf fehlende Informationen zurückzuführen. Eine bessere Berufsorientierung könnte daher dazu beitragen, solche Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Abbildung 2: Qual der Wahl
Für Nachwuchskräfte sind viele verschiedene Karrierewege möglich



Quelle: eigene Darstellung

Wie es ist

Berufsorientierung in der Schule ist mangelhaft

Eine der Hauptursachen von Abbrüchen, Umorientierungen und Vertragslösungen im Übergang von der Schule in den Beruf ist die fehlende bzw. mangelnde Berufsorientierung in der Schule. Schüler müssen dort stärker ihre Potenziale kennenlernen und zu einer reifen Entscheidung über die weiteren Schritte auf dem Weg in den Beruf befähigt werden.

In Gymnasien und an Gesamtschulen besteht Nachholbedarf

In Niedersachsen gibt es einen breiten Konsens, dass Berufs- und Studienorientierung in diesem Sinne in allen Schulformen verbindlich für alle Schüler erfolgt. Hier besteht vor allem in Gymnasien und Gesamtschulen teils gravierender Nachholbedarf.

Duale Ausbildung wird oft eher hinterfragt als anerkannt

Die Leistungen der Ausbildungsunternehmen und der beruflichen Schulen werden in der öffentlichen Darstellung häufig nicht hinreichend anerkannt. Abbruchquoten, vermeintliche Qualitätsmängel oder Nachfrageeinbrüche werden als „Attraktivitätsverlust“ verkauft und überlagern die vielen Positivergebnisse. Schulabgänger und Eltern nehmen in der Folge andere Angebote attraktiver wahr und orientieren sich dorthin. Dies verzerrt eine ausgewogene Berufsorientierung.

In einzelnen Branchen besteht u. a. wegen fehlender

Berufsinformationen überdurchschnittlicher Fachkräftemangel In Branchen wie dem Gesundheitswesen, dem Gastgewerbe oder dem Verkehrsgewerbe ist der Fachkräftemangel in Niedersachsen besonders ausgeprägt. Das Angebot an Fachkräften auf dem Markt ist zu gering, um den Herausforderungen des demografischen Wandels und den steigenden Bedarf bewältigen zu können.

2. Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen verbessern

Was zu tun ist

Berufsorientierung und -beratung an allen Schulformen weiter verbessern – insbesondere an Gymnasien und Gesamtschulen

Um die Duale Ausbildung zu stärken, muss das Land dafür sorgen, die Berufsorientierung an allen Schulformen stärker als bisher zu standardisieren und zu systematisieren. Auch sollten die Beratungsstrukturen der verschiedenen Akteure enger miteinander verzahnt werden.

Besonderer Handlungsbedarf besteht bei der Einführung einer systematischen Studien- und Berufsorientierung an den Gymnasien. Die Schulen müssen die Sozial- und Wirtschaftskompetenz der Schüler mehr als bisher fördern, um nachhaltige Berufsentscheidungen zu erreichen.

Angesichts der Möglichkeiten jeder einzelnen Schule, ihr spezifisches Berufs- und Studienorientierungskonzept zu entwickeln, sollte das Land Kriterien zur Erfolgsmessung entwickeln und diese durch die Schulinspektion erfassen. Die Chance eines lernenden Systems, in dem sich die zielführenden Ansätze mittelfristig gegenüber den weniger erfolgreichen durchsetzen, ist konsequent zu nutzen.



Lehrer für ein Ankerfach „Berufsorientierung“ an allen Schulformen qualifizieren

Das Land sollte ein Ankerfach für die Berufsorientierung in allen Schulformen einrichten. Dafür muss es einschlägig für die Berufsorientierung qualifizierte Lehrer bereitstellen und eine Überprüfung der Ergebnisse durch die Schulinspektion ermöglichen. Das Land sollte sicherstellen, dass Berufsorientierung „nicht abwählbar“ und über nachvollziehbare Dokumentation für die Jugendlichen nutzbar ist. Hier sind Instrumente wie Portfolios bzw. Berufswahlpass sinnvoll.

Jugendliche sollten die berufliche Lebenswelt stärker erfahren

Berufsorientierung ist auch das Erfahren der beruflichen Lebenswelt. Daher sollte das Land die Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen unterstützen. Deshalb sind Unternehmen als Praktikumsgeber und Berufsschulen vor allem in fachtheoretischen und fachpraktischen Aspekten möglichst immer in Berufsorientierungskonzepten einzubinden. Dabei ist es wichtig, dass die allgemeinbildenden Schulen einen verlässlichen Ansprechpartner für externe Partner bereitstellen.

Eltern besser über die Duale Berufsausbildung informieren

Außerdem ist es sinnvoll, die Erziehungsberechtigten noch stärker in die Berufsorientierung einzubinden. Durch umfassende Informationen zur Dualen Berufsausbildung und zu den entsprechenden Karrieremöglichkeiten können die Eltern ihre Kinder bei der Berufsorientierung besser unterstützen.

Fachkräftemangel in einzelnen Branchen durch gezielte Berufsorientierung angehen

Für Branchen mit überdurchschnittlichem Fachkräftemangel sollte das Land eine frühe Berufsorientierung unterstützen. Die Nachfrage nach den jeweiligen Berufen ist dabei auch verbunden mit der Attraktivität der Arbeitsplätze und den dortigen Weiterentwicklungsmöglichkeiten.



Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?

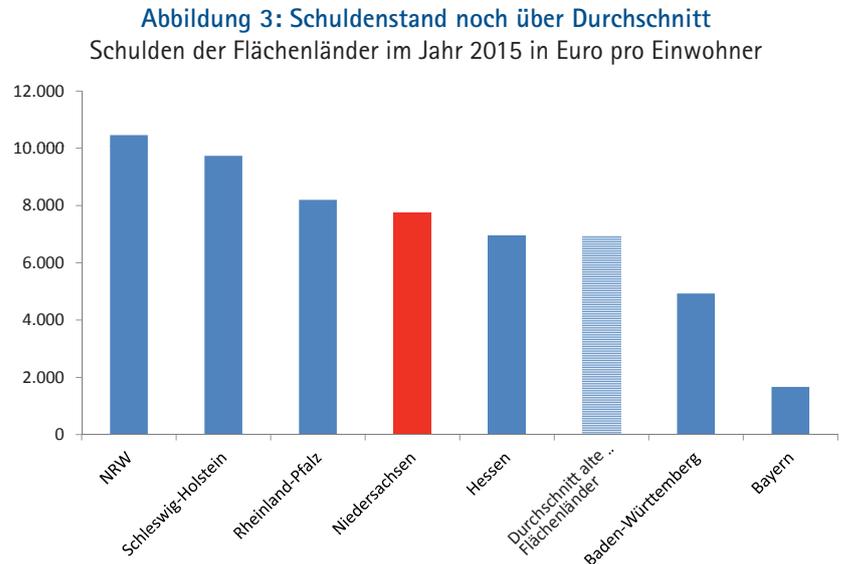
- Welche Maßnahmen befürworten Sie zur Verbesserung der Berufsorientierung – insbesondere deren Systematisierung – an allen Schulformen?
- Wie stehen Sie zu einem Fach „Berufsorientierung“ und wo könnte dieses ggf. angehängt werden?
- Werden Sie sich für verbindliche Studien- und Berufsorientierung in allen Schulformen einsetzen?
- Werden Sie sich für die notwendige Lehrerausbildung zum Thema Berufsorientierung engagieren? Sind Sie bereit, die notwendigen Mittel hierfür und auch für die Einbindung berufsbildender Schulen bereitzustellen?
- Sind Sie willens, bei der Berufs- und Studienorientierung Verfahren der Qualitätssicherung und der Qualitätsentwicklung zu implementieren?

Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

- Wir beteiligen uns am Bündnis Duale Berufsausbildung.
- Wir motivieren Unternehmen dazu, Praktika bereitzustellen, und unterstützen sie dabei.
- Wir vermitteln Praktikumsplätze über die IHK-Lehrstellenbörse unter (www.ihk-lehrstellenboerse.de).
- Wir entsenden Ausbildungsbotschafter (Azubis) und berufserfahrene Mentoren aus der Wirtschaft in allgemeinbildende Schulen, um über die Lebenswelt Beruf zu informieren.
- Wir unterstützen bei Kooperationen von Schulen mit Unternehmen.

3. Nachhaltige Finanzpolitik ohne Steuererhöhungen durchsetzen

Ein solider Landeshaushalt ist wichtig für die Wirtschaft, da er darüber entscheidet, ob in den kommenden Jahren und für künftige Generationen ausreichend Finanzierungsspielräume bestehen. In den vergangenen Jahren wurden diese Spielräume durch die stetig wachsende offene und verdeckte Verschuldung eingeengt. Jetzt besteht mit der Einführung der Schuldenbremse die Chance, frühere Fehlentwicklungen zu stoppen und umzukehren.



Quelle: PwC-Länderfinanzbenchmarking 2016

Wie es ist

Konsolidierungserfolge sind vor allem Folge von Einnahmeverbesserungen

Der Finanzierungssaldo des Landes, also die Differenz aller Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung der besonderen Finanzierungsvorgänge (insb. Schuldenveränderungen) verbesserte sich in Niedersachsen kontinuierlich und wies zuletzt sogar einen Überschuss aus. Allerdings lag der Überschuss in einzelnen Flächenländern noch deutlich höher. Auch der Schuldenabbau kam bisher eher schleppend voran. Der Schuldenstand pro Einwohner ist sogar von 7.245 Euro im Jahr 2013 auf 7.737 Euro im Jahr 2015 gestiegen und lag damit noch über dem Durchschnitt der Flächenländer (6.940 Euro, siehe Abb. 3). Der Konsolidierungskurs der Landesregierung verlief bisher vor allem auf Einnahmeverbesserungen und erhielt Rückenwind durch das günstige Wirtschaftsumfeld, das für hohe Steuereinnahmen sorgte. So erreichten die Steuereinnahmen im Jahr 2015 mit 23,8 Mrd. Euro einen neuen Rekordwert. Zudem profitierte die Landesregierung von den niedrigen Zinsen.

Gewerbesteuerbelastung der Unternehmen nimmt zu

Die Gewerbesteuerbelastung der Unternehmen nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Verantwortlich dafür sind zum einen Änderungen in der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer, wie die Ausweitung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen durch die Unternehmenssteuerreform 2008, zum anderen die

stetig steigenden Hebesätze. Zudem hatte das Land im Jahr 2014 den Grunderwerbsteuersatz auf fünf Prozent erhöht.

Kommunaler Finanzausgleich setzt Anreize für Steuererhöhungen

Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) setzt falsche Anreize. Er koppelt die Finanzausweisungen des Landes an das Verhältnis der tatsächlichen Realsteuerhebesätze in der Kommune zu den niedersächsischen Durchschnittswerten. Dies schafft einen Automatismus in Richtung Steuererhöhungen.

Aufgabenkritik des Landes steht noch aus

Zur Konsolidierung der Landesfinanzen gehört auch die Begrenzung der Ausgaben. Dazu hatte die Landesregierung bereits 2013 angekündigt, eine systematische Aufgabenkritik durchführen zu wollen. Diese wurde wegen der Flüchtlings-Herausforderung zurückgestellt. Darüber hinaus will die Landesregierung durch eine weitreichende Reform der Finanzverwaltung eine deutliche Effizienzsteigerung erreichen. Zur Aufgabenkritik gehört zudem auch die ergebnisoffene Prüfung von Privatisierungspotenzialen – sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene. Für die Kommunen hat der Niedersächsische Landtag im Jahr 2016 mit einer Änderung des § 136 NKomVG die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung gelockert.



Was zu tun ist

Konsolidierungskurs fortsetzen und Schulden begrenzen

Der Weg zu einer nachhaltigen Finanzpolitik und insbesondere zur Erfüllung der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 ist kein Selbstläufer. Haushaltsdisziplin sollte daher die kommenden Jahre weiterhin prägen. Das Land sollte insbesondere den Schuldenstand reduzieren. Ein Neuverschuldungsverbot mit Verfassungsrang, wie es andere Bundesländer bereits haben, wäre ein richtiges Signal. Eine weiterhin positive Entwicklung des Finanzierungssaldos sollte sowohl Mittel für Investitionen als auch Spielräume für einen Abbau von Altschulden schaffen.

Steuer- und Abgabenbelastung begrenzen

Das Land darf sich nicht auf steigende Einnahmen verlassen oder gar Steuern erhöhen. Dies betrifft auch die kommunalen Grund- und Gewerbesteuern. Die Landesregierung sollte sich zum einen für eine moderate Steuerpolitik auf kommunaler Ebene einsetzen. Kurzfristiges Ziel sollte dabei vor allem sein, die Besteuerung von Kostenbestandteilen etwa durch Hinzu-rechnungen bei der Gewerbesteuer abzuschaffen. Mittelfristig sollte sich das Land aus Sicht der Wirtschaft im Bundesrat sogar für eine Reform der Unternehmenssteuern stark machen. Zum anderen sollte das Land bei den eigenen Steuern Maß halten. Bei der Grunderwerbsteuer sollten weitere Erhöhungen über den seit 2014 geltenden Satz von fünf Prozent vermieden werden. Falsche Signale werden auch durch die Einführung einer Tourismusabgabe gesetzt.

Reform des Kommunalen Finanzausgleichs prüfen

Das Land sollte der automatischen Steuererhöhungsdynamik, die sich aus dem KFA ergibt, aktiv entgegenwirken. Dazu sollte es eine Reform des KFA prüfen. Ein möglicher Ansatz wäre, die sogenannten Abschöpfungsquoten im bestehenden Gesetz abzusenken. Eine alternative Möglichkeit bestünde darin, einen Nivellierungshebesatz für die Realsteuern einzuführen und zu fixieren. In beiden Fällen könnte der Automatismus zu Steuererhöhungen abgemildert werden.

Konsolidierung muss vor allem auf der Ausgabenseite erfolgen

Der neue Landtag sollte dazu das gesamte Ausgabenvolumen von rund 28 Mrd. Euro auf den Prüfstand stellen und konsequent Aufgabenkritik und Prozessoptimierung vorantreiben. Dazu gehört auch, die grenzüberschreitende Kooperation mit anderen Bundesländern zu intensivieren und für schlanke und bürgernahe Verwaltungsstrukturen zu sorgen. Die Frage, ob eine Leistung privat oder öffentlich erbracht werden soll, unterliegt dabei immer einer Einzelfallprüfung. Wichtig ist dabei allerdings, dass Wettbewerb auf Augenhöhe möglich ist und bestehende Regeln private Anbieter nicht diskriminieren. Vor diesem Hintergrund sollte das Land in der kommenden Legislaturperiode unter Einbindung der Kammern und Verbände untersuchen, ob es im Zuge der Novellierung des § 136 NKomVG und der damit verbundenen Ausweitung der Grenzen kommunaler wirtschaftlicher Betätigung zu Benachteiligungen privater Anbieter gekommen ist.

Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Wollen Sie sich für einen Schuldenabbau im Land einsetzen? Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet?
- Wo sehen Sie Spielräume für Einsparungen im Landeshaushalt?
- Welche Landesaufgaben halten Sie ggf. für verzichtbar?
- Wollen Sie sich für eine niedrigere Steuerbelastung der Unternehmen im Land Niedersachsen engagieren und wenn ja, mit welchen Mitteln?

Was die IHKN tut / Was die IHKs tun



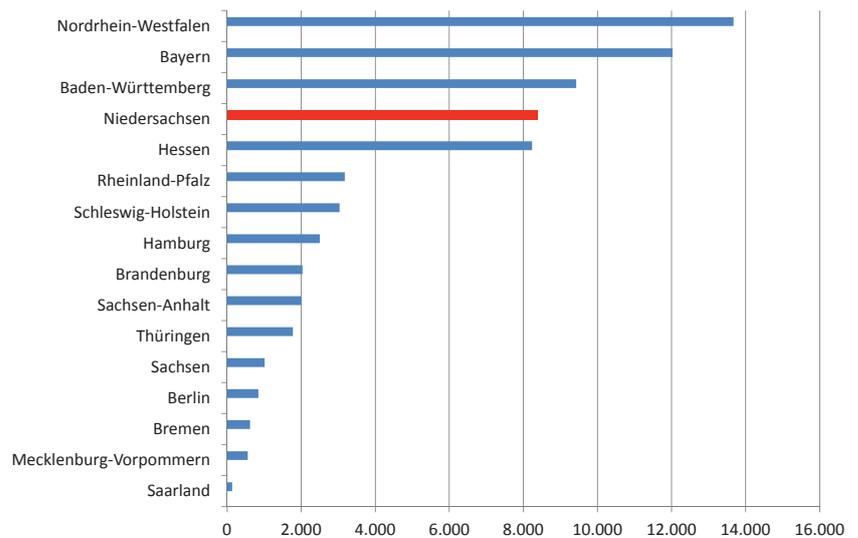
- Wir erstellen den IHKN-Realsteueratlas zu den aktuellen Realsteuerhebesätzen / den Gewerbesteuerrechner.
- Wir analysieren Steuer- und Haushaltspolitik von Land und Kommunen und nehmen dazu Stellung.
- Wir führen mit der örtlichen Politik und Verwaltung Gespräche, um die Erhöhung von Realsteuerhebesätzen zu vermeiden.

4.

Verkehrsprojekte optimal planen, finanzieren und umsetzen – Verkehre sinnvoll lenken

Niedersachsen kommt aufgrund seiner zentralen Lage in Europa eine Schlüsselrolle als Logistikkreuzung zu. Dafür ist eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur erforderlich. Schon jetzt verfügt Niedersachsen über eine gut ausgebaute Infrastruktur für die Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasser und Luft. Bei der Planung zu neuen Verkehrswegen hat Niedersachsen bei der Verteilung der Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan zudem gut abgeschnitten (s. Abbildung 4). Dennoch gibt es Optimierungspotenzial.

Abbildung 4: Niedersachsen im Bundesverkehrswegeplan gut aufgestellt
Aus- und Neubauprojekte aus dem BVWP 2030 nach Bundesländern
in Mio. Euro



Quelle: Deutscher Bundestag - Drucksache 18/9350

Wie es ist

Niedersachsen schafft Verbindungen zur Weltwirtschaft

Die Logistikbranche hat große Bedeutung für die niedersächsische Wirtschaft. Mit wertschöpfungsintensiven Branchen wie der Automobil- und Luftfahrtindustrie, der Agrar- und Ernährungswirtschaft, der maritimen Wirtschaft oder dem Maschinenbau hat das flächenmäßig zweitgrößte Bundesland einen großen Anteil an Ziel- und Quellverkehren. In den niedersächsischen Seehäfen werden in enger Vernetzung mit den Binnenhäfen sämtliche Produktgruppen – von Öl über Agrar- oder Stahlprodukte bis hin zu Automobilen und Windenergieanlagen – schnell und effizient verschifft. Somit ist Niedersachsen ein Tor zur Welt für ganz Deutschland. Deutschlands einziger Container-Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven komplettiert die Umschlagspalette. Die Logistik sichert durch ihre innovativen Dienstleistungen und durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur der niedersächsischen Wirtschaft.

Niedersachsen ist bei geplanten

Verkehrsinfrastrukturinvestitionen gut aufgestellt

Niedersachsen hat bei der Verteilung der Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan gut abgeschnitten. Dies gilt insbesondere, wenn man die im Bundesverkehrswegeplan zugewiesenen Mittel auf die Einwohner bezieht. Für Neu- und Ausbauprojekte stellt der Bund 8,368 Mrd. Euro zur Verfügung. Das sind zwölf Prozent aller für diese Aufgabe zur Verfügung stehenden Mittel. Vorhaben wie die A 20, die A 30, die A 33 Nord, die A 39 oder die E 233 werden vom Bund mit Priorität umgesetzt. Auch die Alpha-Variante für eine bessere Schienenanbindung zwischen Bremen, Hamburg und Hannover oder die Anpassungen von Außenems und Weser sowie die Schleuse Scharnebeck am Elbe-Seitenkanal finden sich im Vordringlichen Bedarf wieder.

Verkehrsträger Straße ist für die Erreichbarkeit der Innenstädte wichtig

Vor dem Hintergrund der verschiedenen Anforderungen der Nutzer an die Mobilität, der begrenzten Flächenverfügbarkeit und von Umwelteffekten des Verkehrs, gehört die städtische Verkehrspolitik zu den besonders kontrovers diskutierten Politikfeldern. Dabei spielt die Erreichbarkeit eine zentrale Rolle in Hinblick auf die Attraktivität von Innenstädten. Der Kunden-, Liefer- und Dienstleistungsverkehr ist für die Funktionsfähigkeit der Stadt als Wirtschaftsstandort wesentlich. Gerade hier, aber auch insgesamt, ist der Straßenverkehr nach wie vor der wichtigste Verkehrsträger (s. Themenbereich 11 „Versorgungsfunktionen des Handels in allen Wirtschaftsräumen auch raumordnerisch gewährleisten“).

Maßnahmen zur Verkehrslenkung und Verkehrsvermeidung belasten Unternehmen

Die Begrenzung der Umwelteffekte des Verkehrs gewinnt zunehmend an umweltpolitischer Bedeutung. Immer stärker soll Verkehrslenkung und Verkehrsvermeidung durch Verteuerung, Hemmnisse und Verbote erreicht werden. Für die Wirtschaft ergeben sich damit erhebliche Belastungen. Die beabsichtigten umweltpolitischen Wirkungen werden jedoch vielfach gar nicht erreicht, da die Verkehre auf diese Anreize wenig reagieren oder reagieren können.

Was zu tun ist



Ausreichend Planungskapazitäten bereitstellen

Zu geringe Planungskapazitäten haben sich als Flaschenhals bei der Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen erwiesen. Je nach der künftigen Zuständigkeit müssen Bund bzw. Land die Straßenbauverwaltung durch eine Erhöhung der Planungskapazitäten und -mittel wieder in die Lage versetzen, die anstehenden Planverfahren ohne ressourcenbedingte Verzögerungen durchzuführen und abzuschließen. Konkret bedeutet das, dass der Bund bzw. das Land die Zahl der Planungsingenieure und die Mittel für Dienstleistungen Außenstehender (DILAU-Mittel) substanziell erhöhen müssen.

Verfahren beschleunigen

Unabhängig davon sollten Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung genutzt werden. Eine Möglichkeit ist die Verkürzung des Instanzenweges. So ist bei bestimmten Infrastrukturvorhaben das Bundesverwaltungsgericht als erste und einzige Gerichtsinstanz für Streitigkeiten um Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren eingesetzt. Dies würde bei allgemeiner Anwendung Verfahren erheblich beschleunigen. Voraussetzung dafür ist eine entsprechende personelle Kapazität des Bundesverwaltungsgerichtes.

Verkehrsachsen bedarfsgerecht sanieren

Zu den vordringlichsten Aufgaben der Verkehrspolitik gehört die Sanierung wichtiger Verkehrsachsen. Ohne ein leistungsfähig ausgebautes Straßennetz gerät die Wirtschaft ins Stocken. Marode Brücken, gesperrte Straßen und weiträumige Umfahrungen von Baustellen sorgen in Unternehmen für hohe Kosten, die diese aufgrund von starkem Wettbewerbsdruck häufig nicht an ihre Kunden weiterreichen können. Auch in Niedersachsen sind laut Auskunft des Bundesverkehrsministeriums 182 Brücken sanierungsbedürftig. Das Land muss daher erhebliche Summen zusätzlich investieren, um zumindest den jetzigen Zustand zu erhalten.

Akzeptanz von Infrastrukturvorhaben durch frühzeitige Beteiligung sicherstellen

Das Land sollte dazu beitragen, dass wichtige größere Infrastrukturvorhaben die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Dafür ist ein frühzeitiger, offener Diskurs mit den Bürgern über Ziele und Varianten von Infrastrukturvorhaben anzustreben. Zugleich muss auch gelten, dass die Ergebnisse demokratischer Verfahren von allen respektiert und akzeptiert werden.

4. Verkehrsprojekte optimal planen, finanzieren und umsetzen

Kostenverträgliche Lösungen bei der Berücksichtigung umweltpolitischer Belange finden

Verkehrsprojekte können umweltverträglich geplant und realisiert werden. Das Land muss bei Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren kostenverträgliche Lösungen für eine hohe Umweltbetroffenheit finden, z. B. durch Ausgleichsmaßnahmen oder Optimierungen beim Trassenverlauf. Die Abwägung von Nutzen und Kosten muss weiterhin der zentrale Maßstab für die Bewertung bleiben. In der Planung und der Gesetzgebung dürfen ökonomische Belange nicht zugunsten ökologischer Belange in den Hintergrund geraten.

Erreichbarkeit der Innenstädte sicherstellen

Die Erreichbarkeit der Innenstädte zur Ver- und Entsorgung, für Kunden und für Arbeitnehmer muss auch zukünftig sichergestellt werden. Trotz der Grenzwertüberschreitungen bei NO₂ dürfen Fahrverbote und Umweltzonen nicht dazu führen, dass Innenstädte nicht mehr erreichbar sind. Auch die Einführung von Tempo 30 auf Hauptstraßen erscheint nicht sinnvoll zu sein. Wie Studien belegen, wird hierdurch die Emissionsbelastung teilweise sogar noch erhöht. Stattdessen sollte für jede Stadt individuell nach Lösungen gesucht werden. Der Einsatz neuer Technologien bei Fahrzeugen unter anderem der öffentlichen Hand, innovative Mobilitäts- und Logistikkonzepte sowie Telematik sind dabei mögliche Ansatzpunkte. Dazu gehört auch die Sicherstellung eines leistungsfähigen ÖPNV, der die Zentren mit den ländlichen Regionen in der Fläche verbindet.

Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dazu beitragen, dass die im Bundesverkehrswegeplan im Vordringlichen Bedarf aufgeführten Infrastrukturprojekte zügig umgesetzt werden?
- Was wollen Sie tun, um die Planungskapazitäten im Straßenbau zu erhöhen?
- Wie wollen Sie den Sanierungsstau in der Verkehrsinfrastruktur – etwa bei den 182 sanierungsbedürftigen Brücken – beseitigen?
- Wie wollen Sie für mehr Akzeptanz für Infrastrukturprojekte in der Bevölkerung sorgen?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Erreichbarkeit Ihrer Region durch einen leistungsfähigen ÖPNV sicherzustellen?



Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

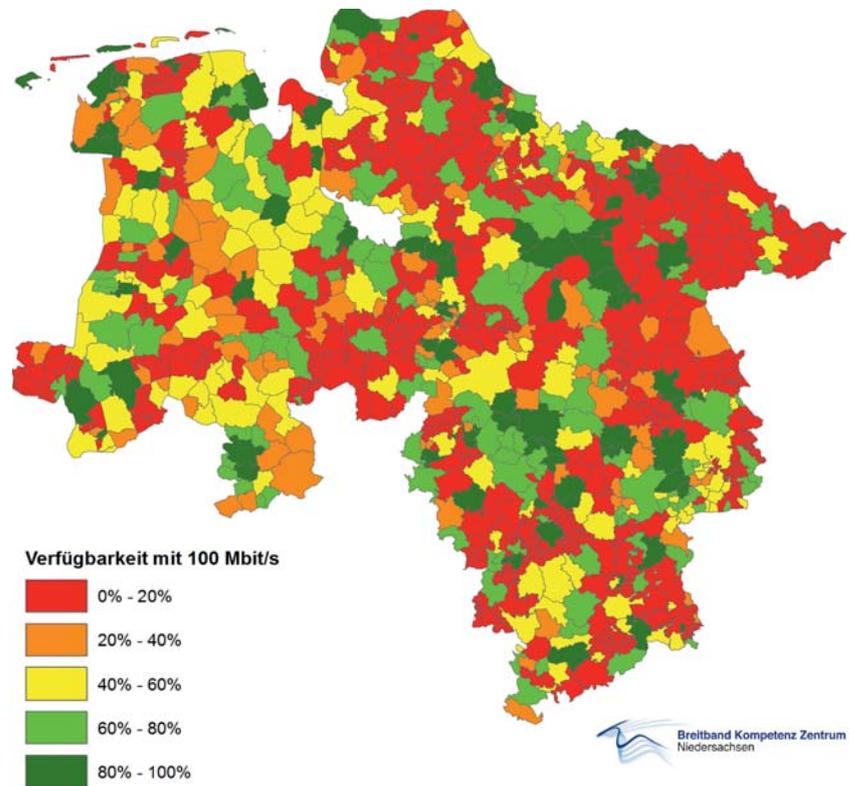


- Wir beraten Verwaltung und Politik über Herausforderungen der Infrastrukturpolitik.
- Wir nehmen gegenüber Kommunen und Land Stellung zu Infrastrukturprojekten und veröffentlichen entsprechende Positionen der Wirtschaft.
- Wir informieren Unternehmen durch Veranstaltungen und Publikationen und tragen so zur Meinungsbildung bei.

5. Durch Digitalisierung eine Basis für wirtschaftlichen Erfolg legen

Mit der fortschreitenden Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche steigt das übertragene Datenvolumen rasant an und stellt neue Anforderungen an die Breitband-Datennetze. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Nur mit einer zukunftsweisenden und flächendeckend verfügbaren Breitband-Infrastruktur können Industrie 4.0, E-Commerce, E-Government oder E-Health funktionieren. Im Zeitalter der digitalen Wirtschaft ist eine verlässliche, leistungsstarke und zukunftsfähige Breitbandanbindung die Basis für wirtschaftlichen Erfolg. Gleichzeitig steigen mit der wachsenden Bedeutung von Cloud-Anwendungen die Anforderungen an eine sichere Datenübertragung und an die Datensicherheit.

Abbildung 5: Bei Breitbandversorgung noch viele Lücken
Verfügbarkeit mit 100 Mbit/s nach Gemeinden im Dezember 2016



Quelle: Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen

Wie es ist

Strukturwandel erhöht Anforderungen an Übertragung großer Datenmengen

Videokonferenzen, multimediales Arbeiten und das Versenden großer Datenvolumina gehören schon heute zu den unverzichtbaren Bestandteilen der Kommunikation von Unternehmen mit ihren Kunden und Geschäftspartnern. Zudem wird sich mit dem Fortschreiten von Industrie 4.0 die Produktion zunehmend mit der Informations- und Kommunikationstechnik verzahnen. Die Einführung intelligenter und vollständig vernetzter Produktionssysteme (Smart Production) im Rahmen von Industrie 4.0 und die wachsende Bedeutung von Echtzeitanwendungen im Verkehrswesen oder der Telemedizin lassen die zu übertragenden Datenvolumina nochmals sprunghaft ansteigen. Gleichzeitig erhöht sich die Anfälligkeit für Cyber-Angriffe.

Breitbandversorgung ist in Niedersachsen heterogen

Für die Wirtschaft hat der schnelle, zuverlässige und sichere Austausch von Daten oberste Priorität. Wirtschaftliches Agieren ohne zuverlässige und leistungsstarke Breitband-Datennetze wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Derzeit ist die Breitbandversorgung im Flächenland Niedersachsen immer noch sehr heterogen (s. Abbildung 5). Auch in ländlichen Regionen mit einer oftmals von kleinen und mittleren Unternehmen geprägten Wirtschaftsstruktur ist eine schnelle Breitband-Internetverbindung unverzichtbar.

Durch Digitalisierung eine Basis für wirtschaftlichen Erfolg legen

Land fördert Breitbandausbau

Zur Förderung des kommunalen Breitbandausbaus stehen in Niedersachsen für die nächsten Jahre derzeit rund eine Mrd. Euro an Fördermitteln und Krediten von Land, Bund und EU zur Verfügung, die abgerufen werden können. Hierzu zählen u. a. der kommunale Breitbandkredit der Europäischen Investitionsbank (EIB), Mittel aus der digitalen Dividende II oder aus europäischen Strukturfonds (EFRE, ELER). Ergänzend ist im Januar 2017 das „Sonderförderprogramm Mittelstand“ des Bundes mit einem Fördervolumen von insgesamt 350 Mio. Euro gestartet, um unterversorgte Gewerbe- und Industriegebiete sowie Häfen an das Glasfasernetz anzuschließen.

Digitalisierung stellt Unternehmen vor Herausforderungen

Die Herausforderungen für Unternehmen bestehen vor allem darin, notwendige Investitionen zu finanzieren, eigene Fachkräfte angemessen zu qualifizieren, hinreichende Datensicherheit zu gewährleisten, ungeklärte Rechtsfragen – etwa zum geistigen Eigentum – zu händeln und für die Umsetzung unabhängige Beratung mit Demonstrationsvorhaben nutzen zu können. Die Digitalisierung hat teilweise in den Betrieben dennoch nicht höchste Priorität oder es besteht Unsicherheit zu bestimmten Aspekten. So besteht beim Thema Daten- und Cybersicherheit teilweise noch Informations- und Beratungsbedarf. Daraus können Wettbewerbsnachteile erwachsen.

Was zu tun ist

Breitbandnetz bedarfsgerecht und zukunftsweisend ausbauen

Bis zum Jahr 2018 sieht die Breitbandstrategie des Bundes eine flächendeckende Versorgung von mindestens 50 Mbit/s vor. Diese ist für eine langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit niedersächsischer Unternehmen allerdings nicht ausreichend. Beim flächendeckenden Breitbandausbau müssen der technische Fortschritt und die stark wachsenden Datenvolumina Berücksichtigung finden. Leistungsfähige und zukunftsweisende Datennetze bilden dafür die Grundlage. Daher ist vorrangig in Gewerbe- und Industriegebieten sowie in den Häfen ein umfassender und flächendeckender Ausbau des Breitbandnetzes mit Glasfasertechnik (FTTH) erforderlich, die einen zuverlässigen Datenverkehr im Gigabit-Bereich ermöglicht. Dort, wo sich derzeit kabelgebundene Lösungen nicht realisieren lassen, müssen funkbasierte Zugangstechniken installiert werden, um Netzlücken zeitnah zu schließen. Ohne eine flächendeckende 5G-Abdeckung werden mobile Echtzeitanwendungen im Verkehr nicht möglich sein. Daher muss Niedersachsen – wie auch beim Testfeld für Autonomes Fahren im Raum Hannover-Wolfsburg/Braunschweig-Salzgitter – Pilotregion für den neuen Mobilfunkstandard 5G werden, der Gigabitübertragungen über den Mobilfunk ermöglichen wird.

Landesmittel für die digitale Infrastruktur erhöhen

Die bereitgestellten rund eine Mrd. Euro Fördergelder des Landes, des Bundes und der EU zur Unterstützung des Breitbandausbaus in Niedersachsen reichen nicht aus, um in absehbarer Zeit die Versorgungslücken zu schließen und die Datennetze flächendeckend mit Glasfasertechnik auszubauen. Die Landespolitik sollte daher mehr Landesmittel für den flächendeckenden Glasfaserausbau vorrangig in Gewerbe- und Industriegebieten sowie in den Häfen zur Verfügung stellen und den Breitbandanschluss als Teil der Daseinsvorsorge verstehen. Dafür ist weitere Unterstützung durch das Land erforderlich.

Beratung und Information zur Digitalisierung für Mittelstand ausbauen

Das Land sollte dazu beitragen, dass kleine und mittlere Unternehmen noch stärker über die Möglichkeiten der Digitalisierung von Prozessen informiert und beraten werden. Das beinhaltet auch die Aufklärung über drohende Gefahren durch Cyberattacken und Spionage. Dazu sollte das Land bestehende Einrichtungen und Instrumente (z. B. „mit uns digital! Das Zentrum für Niedersachsen und Bremen“ oder Kompetenzzentrum für Industrie 4.0) ausbauen und umfassende Kampagnen initiieren. Es muss dabei dafür Sorge tragen, dass diese Angebote auch in die Fläche getragen werden. Darüber hinaus sollten Förderprogramme aufgelegt und zinsgünstige Darlehen angeboten werden, um vor allem kleinen und mittleren Unternehmen den Übergang in die digitale Wirtschaft zu ermöglichen und ihnen Schutz und Sicherheit ihrer Unternehmensdaten zu gewährleisten.



Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?

- Was wollen Sie tun, damit die Unternehmen in Niedersachsen zeitnah und möglichst flächendeckend an das Glasfasernetz angeschlossen werden?
- Welche Spielräume sehen Sie, die Mittel im Landeshaushalt für den erforderlichen Breitbandausbau deutlich zu erhöhen?
- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Digitalisierung der Wirtschaft voranzubringen und den Schutz vor Cyberangriffen und Internetspionage zu erhöhen?
- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dazu beitragen, damit kleine und mittlere Unternehmen noch stärker von der Digitalisierung profitieren können?
- Nach welchen Kriterien würden Sie einem bestehenden kleinen oder mittleren Unternehmen oder einem Start-up ein zinsvergünstigtes Darlehen zur Digitalisierung des Unternehmens geben?

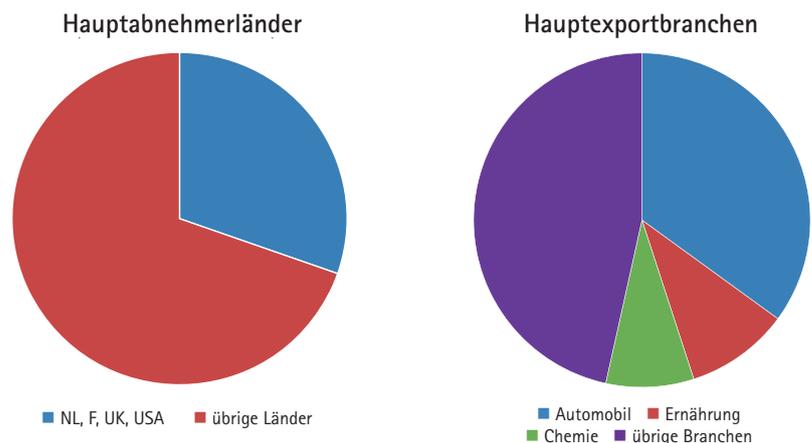
Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

- Wir setzen uns gegenüber Kommunen, Land und Bund für einen beschleunigten, flächendeckenden und zukunftsweisenden Breitbandausbau mit Glasfaser in Niedersachsen ein.
- Wir nehmen zu Gesetzesvorlagen und Förderrichtlinien des Landes Niedersachsen zum Breitbandausbau Stellung.
- Wir beobachten und bewerten den Fortschritt des Breitbandausbaus z. B. durch Umfragen bei den Unternehmen und Kontakt mit den einzelnen Landkreisen.
- Wir arbeiten mit dem Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen und dem Kompetenzzentrum „mit uns digital! Das Zentrum für Niedersachsen und Bremen“ zur Ermittlung von Versorgungslücken und zur Dokumentation des Breitbandausbaus eng zusammen.

6. Umfassende Außenwirtschaftsförderung zur Internationalisierung des Mittelstands anbieten

Die niedersächsischen Exporte sind in den letzten fünf Jahren um rund 13 Prozent gestiegen und haben damit einen wesentlichen Wachstumsimpuls gegeben. Allerdings fällt bei näherer Betrachtung ein Problemfeld ins Auge: Die niedersächsischen Ausfuhren weisen einen geringen Grad an Diversifizierung auf, sowohl hinsichtlich der Exportbranchen als auch der Zielmärkte (s. Abbildung 6).

Abbildung 6: Niedersächsische Exporte sind wenig diversifiziert
Anteile der Hauptabnehmerländer und Branchen an den niedersächsischen Exporten



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Wie es ist

Der Automobilsektor nimmt eine dominierende Rolle ein. Von den niedersächsischen Gesamtwarenxporten (85 Mrd. Euro im Jahr 2016) entfällt rund ein Drittel (gut 30 Mrd. Euro) auf die Automobilbranche. Zweitwichtigste Exportbranche ist die Ernährungswirtschaft (10,7 Mrd. Euro), gefolgt von der Chemiebranche (7,1 Mrd. Euro). Beide sind also selbst zusammengenommen gerade einmal halb so stark wie der Automobilbereich. Die starke Dominanz einer einzigen Branche birgt eine Gefahr, noch dazu, wenn sich ausgerechnet in dieser dominierenden Branche ein tiefgreifender Wandel anbahnt wie in der Automobilbranche mit den neuen Schwerpunktthemen Elektromobilität, Vernetzung und autonomes Fahren. Es wird zu einer entscheidenden wirtschaftspolitischen Herausforderung für Niedersachsen, zum Erfolg dieser Transformation für die niedersächsischen Unternehmen beizutragen.

Der niedersächsische Export weist eine geringe Diversifizierung hinsichtlich der Abnehmerländer aus. Nur vier Länder vereinen mehr als ein Drittel der niedersächsischen Exporte auf sich. Die Niederlande, Großbritannien, Frankreich und die USA sind mit einigem Abstand die wichtigsten Zielmärkte der hiesigen Exporteure. In zwei von diesen vier Ländern, Großbritannien und den USA, wird derzeit ein politischer Kurswechsel vollzogen, der auch erhebliche Auswirkungen auf die Handelsbedingungen und damit auf die niedersächsischen Exporte nach sich ziehen kann. Im Fall von Großbritannien hat sich das im Jahr 2016 schon deutlich bemerkbar gemacht, als in Folge der Unsicherheit durch das Brexit-Votum und die damit einhergehende Abwertung des Pfundes die niedersächsischen Exporte um gut zehn Prozent sanken.

Niedersächsische Unternehmen sind von Zunahme des Protektionismus betroffen

Unternehmen sehen sich mit einer Zunahme von Handelshemmnissen konfrontiert, insbesondere im nicht-tarifären Bereich. Beim Abbau von Handelshemmnissen bleiben multilaterale Vereinbarungen über die Welthandelsorganisation (WTO) der Königsweg, denn sie bieten große Vereinfachungsmöglichkeiten. Dieser Weg stockt jedoch in den letzten Jahren. Vor diesem Hintergrund gaben zuletzt knapp 40 Prozent der Unternehmen an, dass die Barrieren im internationalen Geschäft im Jahr 2016 wieder gestiegen sind. Dabei geht es nicht nur um Zölle, sondern vor allem um lokale Zertifizierungsanforderungen oder verstärkte Sicherheitsvorgaben.



Was zu tun ist



Strukturell ausgewogene Internationalisierung anstreben

Kernziel des Landes Niedersachsen sollte sein, mehr niedersächsische Unternehmen aus möglichst unterschiedlichen Branchen an den Export heranzuführen und sie auf dem Weg in möglichst viele internationale Märkte zu begleiten. Eine steigende Zahl exportierender Unternehmen würde das Wachstum in Niedersachsen ankurbeln. Zugleich könnte eine größere Diversifizierung sowohl hinsichtlich der Exportbranchen als auch der Exportländer die Anfälligkeit für Risiken auf einzelnen Märkten verringern.

Bewährten Mix zur Außenwirtschaftsförderung fortsetzen

Der Mix aus Messenförderung, Delegationsreisen und der Beratung durch IHKs und Auslandshandelskammern (AHKs) sowie die Auslands-Repräsentanzen hat sich in den letzten Jahren in der Außenwirtschaftsförderung bewährt. Die Messenförderung erleichtert es insbesondere den mittelständischen Unternehmen, auf internationalen Messen präsent zu sein und so neue Märkte zu erschließen. Delegationsreisen sind ein Türöffner für Unternehmen aller Größenklassen. Mit den Reisezielen lassen sich gezielt Schwerpunkte setzen, indem Länder mit aktuell besonderen Chancen oder erkennbarem Nachholbedarf mehrfach besucht werden. Eine ergänzende Unterstützung durch niedersächsische Repräsentanzen an ausgewählten Standorten ist dort sinnvoll, wo aktuell eine besondere Unterstützung erforderlich ist und mit einer intensiveren Betreuung der Unternehmen besondere Ergebnisse zu erwarten sind. Schließlich sollte das Land auch weiterhin erprobte Veranstaltungsformate wie den niedersächsischen Außenwirtschaftstag auf der Hannover Messe oder „Niedersachsen global vernetzt“ unterstützen.

Marktexpertise der IHKs nutzen

Die IHKs haben durch ihre hoheitliche Rolle bei der Ausstellung von Außenhandelsdokumenten, ihre umfangreiche außenwirtschaftliche Beratungstätigkeit und ihre engen Kontakte zu den AHKs jederzeit einen guten Überblick über die aktuellen Interessen der niedersächsischen Unternehmen und deren Zielregionen. Diese Expertise sollte auch in Zukunft in die Planung und Umsetzung der Außenwirtschaftsförderung einfließen. Dies hat sich bisher im Außenwirtschaftsrat und bei der gemeinsamen Organisation von Delegationsreisen bewährt.

Für Freihandel und offene Märkte einsetzen

Angesichts des mangelnden Fortschritts in der WTO können bilaterale Verhandlungen (z. B. CETA, TTIP) sowie plurilaterale Verhandlungen (z. B. TiSA) Liberalisierungsimpulse setzen und Protektionismus bekämpfen. Deshalb sollte das Land Niedersachsen entsprechende Verhandlungen unterstützen und sich damit protektionistischen Tendenzen entgegensetzen.

6. Umfassende Außenwirtschaftsförderung

Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Wie bewerten Sie den Nutzen von Wirtschaftsdelegationsreisen des Landes für die niedersächsische Außenwirtschaft? Wollen Sie bei Unternehmen und in der Öffentlichkeit für diesen Nutzen werben?
- Wie bewerten Sie den Nutzen des internationalen Netzwerks der Auslandshandelskammern und der niedersächsischen Repräsentanten im Ausland? Wie wollen Sie dieses Netzwerk unterstützen?
- Kennen Sie den niedersächsischen Außenwirtschaftstag oder die Veranstaltung „Niedersachsen global vernetzt“ und wollen Sie diese unterstützen?
- Befürworten Sie eine weitere Internationalisierung der niedersächsischen Unternehmen oder befürchten Sie dadurch einen Abbau an Arbeitsplätzen im Inland?



Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

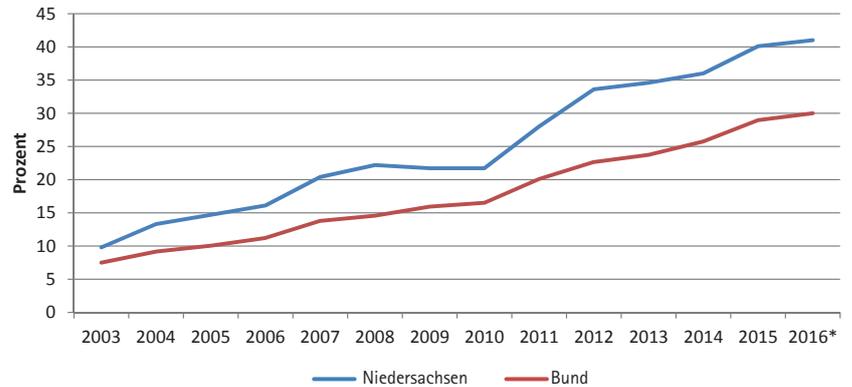


- Wir bieten umfangreiche Beratungs- und Informationsangebote zu Exportmärkten weltweit, zum Thema Zoll und zu den technischen, rechtlichen, branchen- und länderspezifischen Aspekten des Außenhandels.
- Wir sind mit den deutschen Auslandshandelskammern an 130 Standorten in 90 Ländern vernetzt.
- Wir unterstützen Unternehmen mit vielfältigen Veranstaltungsformaten von Exporttechnikseminaren bis hin zu spezifischen Branchen- und Länderforen.
- Wir bieten Beratung zur Messenförderung und organisieren – unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Land – Wirtschaftsdelegationsreisen ins Ausland.

7. Standortvorteile durch Energiewende zielgerichtet nutzen und ausbauen

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung liegt in Niedersachsen deutlich über dem Bundesdurchschnitt (s. Abbildung 7). Mit gutem Grund: Niedersachsen ist eine Region mit guten Voraussetzungen für die Stromerzeugung insbesondere durch Wind. Deshalb ist die Energiewende für Niedersachsen ein echter Standortvorteil. Arbeitsplätze und Wertschöpfung entstehen. Der Standortvorteil muss aber noch konsequenter genutzt werden.

Abbildung 7:
Bedeutung erneuerbarer Energien in Niedersachsen über Durchschnitt
Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung in %



Angaben teilweise geschätzt, *vorläufige Angaben

Quelle: IHKN; Länderarbeitskreis Energiebilanzen; Statistische Landesämter; Bundeswirtschaftsministerium; Statistisches Bundesamt

Wie es ist

Der Strompreis ist zu hoch

Der Strompreis ist ein wesentlicher Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Niedersachsen. Die staatlich verursachten Belastungen des Strompreises sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen: Sie stiegen für die Industrie in der Summe von 0,19 Cent/kWh im Jahr 1998 auf über 9 Cent/kWh im Jahr 2017 an. Das entspricht einem Anstieg um den Faktor 50. Daher mahnt mehr als die Hälfte der niedersächsischen Unternehmen an, die Steuern und Abgaben auf den Strompreis zu reduzieren.



Die Netzqualität kann noch besser werden

Die Netzqualität in Deutschland, auch und gerade in Niedersachsen, ist nach wie vor sehr hoch. Für das Gelingen der Energiewende und für ein weiteres Zusammenwachsen des europäischen Strommarktes sind der weitere Netzausbau und die Modernisierung des bestehenden Netzes auf allen Spannungsebenen von zentraler Bedeutung. Das gilt umso mehr, als die Zahl der Eingriffe zur Netzstabilisierung in den letzten Jahren signifikant gestiegen ist. Für ganz Deutschland sind im Jahr 2016 dadurch Kosten in Höhe von knapp 800 Mio. Euro (insbesondere für Einspeisemanagement und Redispatch) aufgelaufen. Neben dem Netzausbau ist die Speicherung von gewonnener erneuerbarer Energie ein wesentlicher Baustein zum Gelingen der Energiewende. Aktuell stehen der erfolgreichen Marktdurchdringung von Speichern mehrere regulatorische Hemmnisse entgegen.

Die Energiewende wird noch nicht überall akzeptiert

Vielorts entwickelt sich Widerstand gegen die Energiewende, sei es gegen den Neu- und Ausbau von Stromtrassen oder gegen die Errichtung neuer Windparks. Landschaftsverhandlung, Vogelschutz, Gesundheitsschäden, Rücksichtslosigkeit der Politik und Zweifel an der Sinnhaftigkeit werden vermehrt thematisiert. Auch dadurch kommt die Energiewende immer wieder ins Stocken.



Was zu tun ist

Industriestandort Niedersachsen stärken, Strompreis senken
Die Landespolitik muss die Attraktivität des Energiestandortes Niedersachsen für Unternehmen noch stärker herausstellen. Unser Bundesland produziert mehr Strom als es verbraucht. Doch erst wenn Überschussstrom vor Ort zu aktuellen Marktpreisen möglichst ohne staatliche Sonderlasten für die Wertschöpfung genutzt werden kann, verspricht dies vor allem für die hier ansässige Industrie sowie für künftige Ansiedlungen wirtschaftliche Vorteile. Kurzfristig sollte die Politik preisdämpfende Perspektiven für energieverbrauchende Unternehmen schaffen: Die Landesregierung sollte sich für eine deutliche Senkung oder sogar Abschaffung der Stromsteuer einsetzen. Diese Maßnahme würde aus Sicht der Wirtschaft dem Strompreisanstieg zumindest teilweise entgegenwirken.

Versorgungssicherheit gewährleisten – Netzausbau vorantreiben

Ein rascher Netzausbau ist zumeist die günstigste Option, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Unverzichtbar ist deshalb, dass sich die Landespolitik für eine schnellstmögliche Umsetzung der im Energieleitungsausbaugesetz und im Bundesbedarfsplangesetz vorgesehenen Projekte einsetzt. Zudem sollte sich die Landesregierung im Schulterschluss mit anderen Bundesländern für einheitliche Entgelte auf der Übertragungsnetzebene einsetzen. Da die Energiewende eine gesamtdeutsche Aufgabe ist, sind deren Kosten auch mit bundesweit gleicher Belastung zu verteilen. Zielsetzung sollte dabei sein, die Netzentgelte insgesamt möglichst niedrig zu halten, um die Belastung der Betriebe zu minimieren. Auch Energiespeicher tragen wesentlich zur Versorgungssicherheit bei. Sie benötigen faire Rahmenbedingungen und einen diskriminierungsfreien Marktzugang. Die Landespolitik muss sich dafür stark machen, dass Speicher von Letztverbraucherabgaben befreit werden. Außerdem sind klare und gleichberechtigte Regeln für die Teilnahme am Regelenergiemarkt nötig.

Energiewende positiv verankern, Betroffene frühzeitig informieren

Die Energiewende braucht eine positive und Mut machende Kommunikation, die die Bereiche Klimaschutz, Strukturwandel und Sektorkopplung sowie die langfristigen industrie- und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen einbezieht. Nur so kann die Politik die Energiewende in der Gesellschaft verwurzeln. Landes- und Kommunalpolitik müssen im engen Schulterschluss mit den Planungsbehörden sowie den Unternehmen gemeinsam alle Betroffenen frühzeitig und umfassend darüber informieren, welche Regionen möglicherweise für die Windkraft oder die Trassenführung der Stromnetze geeignet sind. Dabei muss sich die Politik noch deutlicher zur Energiewende und dabei sowohl zu den erneuerbaren Energien als auch zu den energieintensiven Industrien bekennen, die den Standort Niedersachsen kennzeichnen und stark machen. Gerade für die Windkraftbranche, die den Standort Niedersachsen kennzeichnet und stark macht, muss die Politik noch deutlicher Flagge zeigen.





Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?

- Treten Sie für die Senkung oder die Abschaffung der Stromsteuer ein?
- Treten Sie für bundeseinheitliche Netzentgelte ein und wie wollen Sie dieses Ziel durchsetzen?
- Die Umsetzung der Energiewende ist keineswegs konfliktfrei. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie zu einer Verständigung zwischen den Akteuren beitragen?
- Wie unterstützen Sie den Netzausbau – auch gegen Stimmen vor Ort?

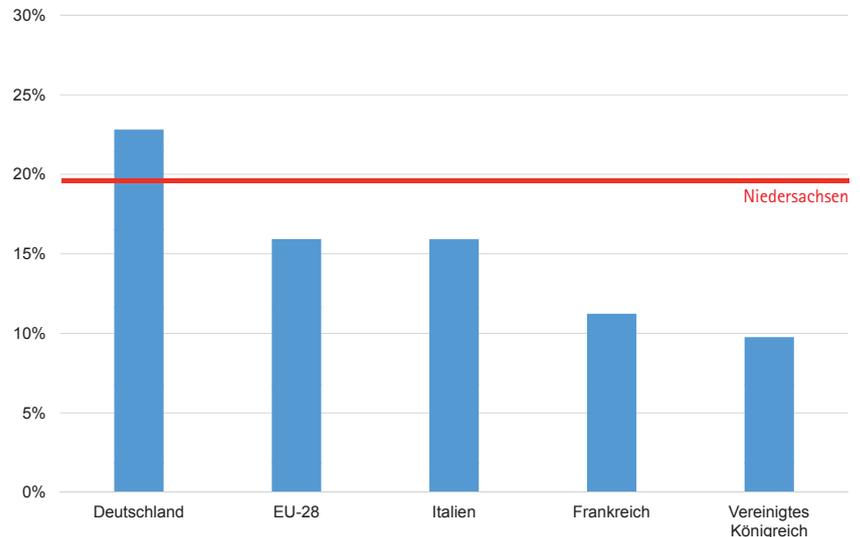
Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

- Wir nehmen gegenüber Land und Kommunen zur Energiepolitik Stellung.
- Wir informieren über Onshore- und Offshore-Windenergie.
- Wir beteiligen uns an Gremien und Abstimmungsrunden zum Netzausbau.

8. Akzeptanz von Industrieprojekten zur Standortsicherung steigern

Eine starke Industrie bildet die Grundlage für Wohlstand und Arbeitsplätze. In Niedersachsen hat die Industrie ein hohes Gewicht (s. Abbildung 8). Dabei sind Investitionsvorhaben der Industrie auch in Niedersachsen immer schwerer umzusetzen. Ähnlich wie beim Aus- und Neubau von Verkehrs- und Energieinfrastruktur werden unternehmerische Initiativen wie Betriebserweiterungen, Neuansiedlungen und Rohstoffgewinnung am geplanten Standort von Teilen der Bevölkerung oftmals infrage gestellt. Gleichzeitig schweigt die Mehrheit der Befürworter. Neben betroffenen Anliegern positionieren sich Gruppen aus Umwelt- und Naturschutz gegen die Projekte und beherrschen teilweise mit öffentlichkeitswirksamen und emotional geprägten Aktionen die Diskussion.

Abbildung 8: In Niedersachsen hat die Industrie hohes Gewicht
Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung im Jahr 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wie es ist

Industrie braucht gute Rahmenbedingungen

Der Wirtschaftsstandort Niedersachsen ist vorwiegend durch mittelständische Unternehmen geprägt. Dabei ist das produzierende Gewerbe eine entscheidende Säule. Fahrzeugbau und Automobilindustrie sind führend in Europa. Die Automobilindustrie ist mit ihren Zulieferern das wichtigste industrielle Standbein Niedersachsens. An zweiter Stelle folgt die Ernährungswirtschaft. Eine geschlossene Wertschöpfungskette von der Futtermittelproduktion bis zur Verpackungsindustrie sorgt für sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel. Der drittgrößte Industriezweig ist der Maschinenbau. Namhafte Hersteller sowie viele Hidden Champions sichern mit innovativen Lösungen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Damit die Unternehmen vor Ort auch weiterhin für Wertschöpfung und Beschäftigung stehen können, benötigen sie Flächen, eine gute Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung und ausreichend Fachkräfte. Darüber hinaus ist es notwendig, die Aufgeschlossenheit hinsichtlich des technologischen Fortschritts und industrieller Produktion zu fördern.

Informationen über Genehmigungs- und Planverfahren sind abstrakt und wenig verständlich

Bei Großprojekten mit Auswirkungen auf Anwohner, Umwelt und Landschaft ist die Diskussion in der Öffentlichkeit schnell von Emotionen geprägt. Die Projektziele und Möglichkeiten zur Beteiligung bleiben unverständlich. Es bestehen keine inhaltlichen Standards für die Information der Öffentlichkeit über Großprojekte. Volkswirtschaftlich wichtige Investitionen drohen am öffentlichen Widerstand zu scheitern.

Plan- und Genehmigungsverfahren dauern zu lange
Planverfahren für Infrastrukturprojekte oder die Genehmigungsverfahren kommen oftmals nicht weiter. Verzögerungen entstehen, wenn im Verfahren immer neue Einwände zugelassen werden. Das gilt selbst dann, wenn die Anhörungsbehörde verpflichtet ist, das Erörterungsverfahren innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Einwendungsfristen abzuschließen. Auch Klagen der Projektgegner führen zu Verzögerungen. Kostensteigerungen nicht nur für den Investor, sondern für die gesamte Wirtschaft, sind die Folge. Für die Öffentlichkeitsbeteiligung besteht eine Lücke zwischen Planaufstellung und Projektrealisierung. Bei zu langen Zeiträumen droht die Gefahr, die Legitimation zu verlieren.

Flächenkonkurrenz und Widerstände gefährden heimischen Rohstoffabbau

Bei Steinen und Erden, aber auch bei einigen Industriemineralien verfügt Niedersachsen über ergiebige Vorkommen. Der heimische Rohstoffabbau gerät jedoch zunehmend in die Konkurrenz mit anderen Flächennutzungen und in die Kritik. Neben der landwirtschaftlichen Nutzung, der Siedlungsentwicklung und dem Infrastrukturausbau schaffen vor allem die europarechtlichen Vorschriften zum Gebiets- und Artenschutz sowie ihre strenge Umsetzung Abbauehemmnisse. Dabei bietet ein Rohstoffabbau mit anschließender Renaturierung Chancen, die Grundlage für Biotop- oder Erholungs- und Freizeitnutzungen zu bilden.

Was zu tun ist



Für die Wettbewerbsfähigkeit den Industriestandort Niedersachsen verbessern

Fragen der Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen und damit der Sicherung des Industriestandortes Niedersachsen müssen einen hohen Stellenwert haben. Für Unternehmenserweiterungen und Technologieumstellungen benötigen Unternehmen Flächen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die Kommunen sollten daher auch künftig entsprechende Flächen (sowohl Gewerbegebiete als auch Industriegebiete) bevorraten und vorausschauend planen können. Weiter anzustreben ist eine Verbesserung der Breitbandinfrastruktur, auch vor dem Hintergrund Industrie 4.0, sowie die zügige Umsetzung der Verkehrsprojekte in Niedersachsen. Der als Folge der Energiewende erforderliche Netzausbau muss zügig erfolgen. Zur Akzeptanzsteigerung sollten Landes- wie auch Kommunalpolitik verstärkt vor Ort seine Bedeutung erklären. Um dem Fachkräftebedarf in der Industrie zu begegnen, sollten sich Politik und Verwaltung für MINT-Angebote auf allen Ebenen einsetzen. Ergänzend ist mit Unterstützung aus der Politik die Aufgeschlossenheit gegenüber technischem Fortschritt, Industrieproduktion und Großprojekten in allen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern.

Transformationsprozesse begleiten

Alle wichtigen Industriezweige Niedersachsens befinden sich in einem Transformationsprozess. Im Fahrzeugbau stellt sich die Frage, welche Rolle neue Antriebstechnologien wie Elektromotoren oder Flüssigerdgasantriebe (LNG-Antriebe) für Schiffe künftig spielen werden. Bei diesen und anderen Zukunftsthemen, etwa dem autonomen Fahren, geben bislang meist andere Länder den Takt vor. Die Ernährungswirtschaft muss wandelnde Ernährungsgewohnheiten und steigende gesellschaftliche Erwartungen bedienen – etwa beim Tierwohl, beim

Umweltschutz und bei sozialen Standards. Der Maschinenbau ist in besonderem Maße von der Digitalisierung betroffen und muss sicherstellen, dass sich seine Produkte nahtlos in Industrie 4.0-Umgebungen einbinden lassen. Diese Transformationsprozesse zu erkennen, zu gestalten und zum eigenen Vorteil zu nutzen, ist eine elementare unternehmerische Aufgabe. Die Betriebe sind also in erster Linie selbst gefordert. Die Politik kann unterstützend wirken, indem sie in den Branchen Transparenz und Netzwerke (Cluster) fördert, regulatorische Rahmen unter Achtung von Praxisnähe und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen setzt sowie die Innovationstätigkeit vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen technologieoffen unterstützt.

Bei Investitionen die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligen und die Akzeptanz steigern

Bei wichtigen Investitionsentscheidungen ist bereits im Vorfeld alles zu tun, um eine breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erreichen. Erforderlich sind dabei frühzeitige Informationen und eine sachliche Diskussion auch über mögliche Auswirkungen. Über moderne Informations- und Beteiligungsformate sollten Planungsüberlegungen einfach und verständlich aufbereitet werden, um Transparenz zu erzeugen. Das Internet bzw. die neuen Medien sollten neben den herkömmlichen Veröffentlichungen eine entscheidende Rolle spielen und den kontinuierlichen Informationsfluss ermöglichen. Für den Dialog sind dabei Entscheidungsspielräume erforderlich.

8. Akzeptanz von Industrieprojekten zur Standortsicherung steigern

Förmliche Planungsverfahren zügig durchführen

Das geltende Planungsrecht bietet bereits heute die Grundlage, um durch umfassende Informationen im Vorfeld und Projektverlauf für eine zügige Durchführung der formalen Planungsverfahren zu sorgen. Neben der Auslage in der Behörde sollte dies auch immer durch Informationen im Internet geschehen. Förmliche Verfahren können deshalb auf das gesetzlich Erforderliche reduziert und Planungsfristen eingehalten werden. Es gilt, ausreichende Personal- und Sachressourcen für Großprojekte einzuplanen, um für einen geordneten Verfahrensablauf sorgen zu können.

Zugang zu heimischen Rohstoffen langfristig sichern

Um eine ausreichende Versorgung mit heimischen Rohstoffen sicherzustellen, bedarf es einer vorausschauenden Raumplanung als rechtlichem Rahmen für den Ausgleich zwischen verschiedenen Landnutzungsinteressen. Das Land sollte den wirtschaftlichen Abbau von Rohstoffen wie Erdöl, Erdgas oder Torf weiterhin unter Beachtung ökologischer Aspekte fördern. Dazu sollte es den Einsatz der Fracking-Technologie ermöglichen und darf diesen nicht (faktisch) ausschließen. Genehmigungsverfahren sollten wirtschaftlich zumutbar und klar strukturiert werden. In der Bevölkerung und der Politik sollte das Bewusstsein für die Notwendigkeit des heimischen Rohstoffabbaus gestärkt werden.

Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Welchen Stellenwert nimmt für Sie die Industrie in Niedersachsen ein?
- Treten Sie auch für von Teilen der Bevölkerung kritisch betrachtete Investitionsprojekte in der Öffentlichkeit ein?
- Halten Sie eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für wichtig und wenn ja, welche Vorschläge haben Sie dafür?
- Wie beurteilen Sie die Bedeutung der Versorgung der Wirtschaft mit heimischen Rohstoffen?
- Unterstützen Sie die Förderung des Interesses an MINT-Berufen?



Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

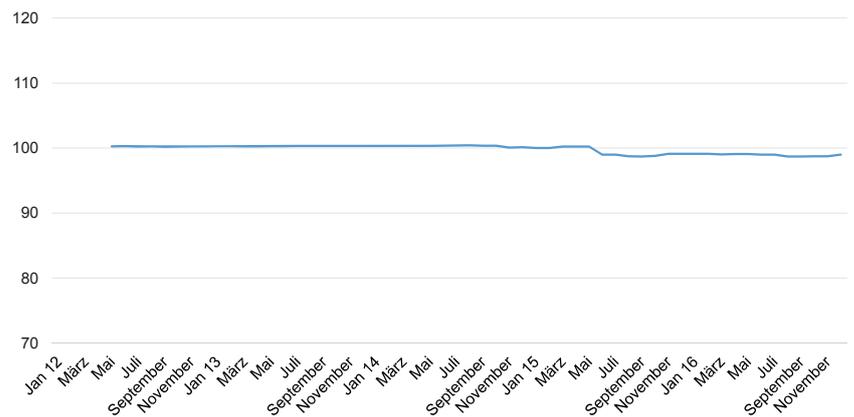


- Wir beteiligen uns aktiv und begleiten Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Investitionsprojekten von Unternehmen und der öffentlichen Hand.
- Wir führen Veranstaltungen zu industriepolitischen Themen durch.
- Wir nehmen zur Rohstoffsicherung im Landes-Raumordnungsprogramm und in den Regionalen Raumordnungsprogrammen Stellung.
- Wir entwickeln und unterstützen MINT-Projekte.
- Wir sorgen mit Kampagnen wie „Industrie ist Zukunft“ für eine breite Akzeptanz der Öffentlichkeit gegenüber der Industrie.

9. Bürokratielasten für den Mittelstand senken – Zulassungs- und Genehmigungsverfahren straffen

Bürokratischer Aufwand und die damit verbundenen Kosten belasten Unternehmen. Sie müssen möglichst gering gehalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht zu gefährden. Bundesweit war in den letzten Jahren kein wesentlicher Bürokratieabbau zu verzeichnen (s. Abbildung 9). Ausnahme war der Mai 2015 mit einer Anhebung der Schwellenwerte für die doppelte Buchführung und Inventur. In anderen Bereichen kamen dagegen sogar Zusatzlasten hinzu. Die Landesregierung hat in der Vergangenheit eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um auf eine Verringerung der Bürokratielast hinzuwirken. Diese sind jedoch nicht konsequent genug ausgebaut worden. Zudem hat die aktuelle Landesregierung neue Regelungen eingeführt bzw. geplant, die zusätzlichen Aufwand in den Betrieben nach sich ziehen. Daher fühlen sich viele Unternehmen weiterhin von bürokratischen Hürden behindert.

Abbildung 9: Kaum Rückgang bei Bürokratiebelastung
Entwicklung des bundesweiten Bürokratiekostenindex (Index 2012=100)



Quelle: Bundesamt für Statistik

Wie es ist

Durch das Land verursachte Bürokratielasten sind nicht bekannt

Rechtsvorschriften sind gerade im Wirtschaftsverkehr allgegenwärtig. Schon die Ermittlung rechtlicher Vorgaben belastet die Unternehmen mit erheblichem Aufwand. Es ist derzeit kein Ansatz erkennbar, die Vorschriften des Landesrechts mit Blick auf deren bürokratische Lasten zum Nachteil der Unternehmen systematisch zu erfassen und zu bereinigen. Nicht zuletzt deshalb sind aussagekräftige Vergleiche unter den Bundesländern zum Bürokratieabbau nicht möglich. Vereinzelte Erleichterungen wie z. B. beim Betrieb von Gaststätten und bei der Aufstellung von Werbeanlagen sind nicht ausreichend. Es gibt hier immer noch viele Bereiche, in denen Überregulierungen abgebaut werden können und müssen.

Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren belasten Unternehmen

Aus Sicht vieler mittelständischer Betriebe blockieren langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren oftmals unternehmerische Projekte über Gebühr oder verhindern sie mitunter ganz. Vor allem überzogene Brandschutzvorgaben bei Baumaßnahmen belasten die Betriebe zunehmend. Das liegt nicht nur an den gesetzlichen Vorgaben selbst. Auch die zuständigen Planungs- und Genehmigungsbehörden auf Landesebene nehmen ihre Entscheidungsspielräume mitunter zu vorsichtig wahr. Dies führt oftmals zu einer engen Auslegung der Vorschriften und für die Unternehmen zu unnötig teuren und unbefriedigenden Ergebnissen.

9. Bürokratielasten für den Mittelstand senken

E-Government-Lösungen sind noch unbefriedigend

Im Durchschnitt hat ein mittelgroßes Unternehmen mit der Verwaltung rund 200 Kontakte pro Jahr. Ein nicht unerheblicher Teil der in den Betrieben anfallenden Bürokratiekosten entsteht allein dadurch, dass der Grad der Digitalisierung in den verschiedenen Landes- und Kommunalbehörden sehr unterschiedlich ist und es oftmals an technisch vereinheitlichten Lösungen fehlt. E-Government-Lösungen haben zwar in den vergangenen Jahren auch in Niedersachsen Fortschritte gemacht. Dennoch sind die öffentlichen Institutionen nach wie vor nicht hinreichend vernetzt und die elektronischen Prozesse der Verwaltung in technischer und organisatorischer Hinsicht nicht ausreichend harmonisiert.

Staatliche Kontrolle führt zu Belastungen der Betriebe

Das Überwachen der Einhaltung rechtlicher Vorgaben ist eine Kernleistung der öffentlichen Verwaltung. Es muss allerdings mit Augenmaß betrieben werden. Insbesondere die mit anlasslosen Kontrollen, beispielsweise im Bereich des Veterinärwesens und der Lebensmittelkontrolle, verbundenen Gebühren berücksichtigen zum Teil die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gerade kleinerer Unternehmen nicht hinreichend. Das führt in der Folge zu einer ungleichen Lastenverteilung und damit zu vermeidbaren Wettbewerbsverzerrungen.

Was zu tun ist



Regelmäßiges Bürokratiemonitoring einführen und überflüssige Vorschriften abbauen

Das Land sollte – idealerweise im Gleichschritt mit anderen Bundesländern – ein systematisches und regelmäßiges Bürokratiekosten-Monitoring durchführen und veröffentlichen. Dies würde Transparenz über Bürokratielasten in Niedersachsen schaffen. Das Land braucht zudem weniger und dafür bessere Gesetze. Jede Überregulierung ist für die Unternehmen kontraproduktiv und muss daher abgebaut werden. Dabei darf das Land nicht bei der Abschaffung von Detailvorschriften stehen bleiben. Das gesamte formelle und materielle Wirtschaftsrecht muss einem permanenten Bürokratietest unterzogen werden. Diese Aktivitäten sollten von einer unabhängigen zentralen Stelle koordiniert werden. Die Vorschriften, die nicht abgeschafft werden können, müssen zudem regelmäßig daraufhin überprüft werden, ob sie auch ohne Einholung umfassender juristischer Gutachten für die betroffenen Unternehmer verständlich und nachvollziehbar sind. Schließlich sollte das Prinzip „One in – one out“ eingeführt und konsequent umgesetzt werden: Für jede neue bürokratische Belastung muss in gleichem Maß eine bestehende Belastung abgebaut werden. Das gilt nicht nur für den Gesetzgeber selbst. Auch die Ministerien, die eine Vielzahl von Vorschriften im Verordnungsweg schaffen, müssen auf dieses Prinzip verpflichtet werden.

Planungs- und Genehmigungsverfahren zügig abwickeln

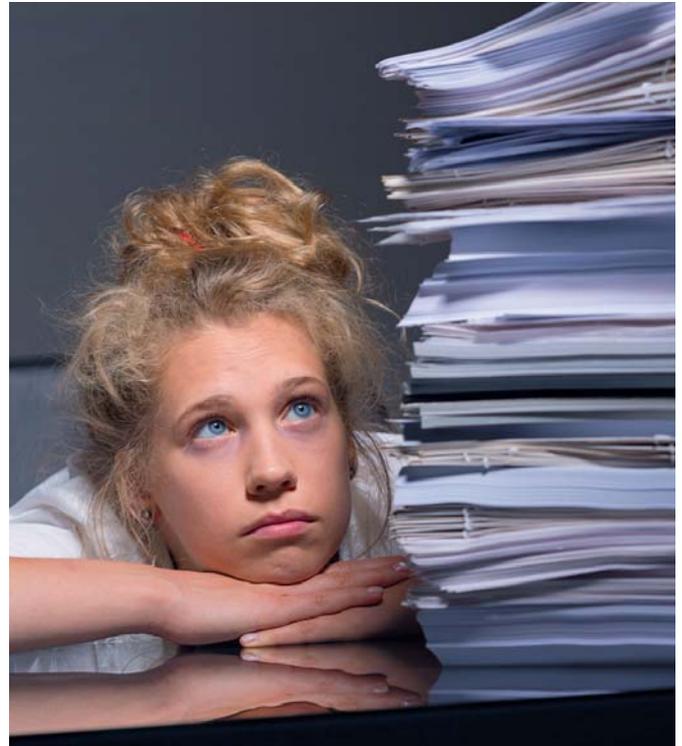
Das Land sollte die eigenen ebenso wie die im übertragenen Wirkungskreis tätigen Kommunalbehörden mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dazu anhalten, Verwaltungsverfahren zügig und unternehmensorientiert abzuwickeln. Dabei sollten nicht nur Arbeitsvorgaben gemacht werden, sondern es sollte auch das Selbstverständnis der Behörden auf den Prüfstand kommen. Behörden müssen dabei nicht nur überwachen, sondern auch beraten, idealerweise bereits im Vorfeld.

E-Government-Prozesse medienbruchfrei ausbauen

Die möglichst vollständige elektronische Abwicklung von Verwaltungsvorgängen und gerichtlichen Verfahren ist ein wesentlicher Baustein, um im Tagesgeschäft den Zeit- und Kostenaufwand zu optimieren. Eine verstärkte Nutzung von medienbruchfreien E-Government-Lösungen kann dazu beitragen, dass Unternehmen Bürokratiekosten vermeiden können. Sinnvolles E-Government erfordert allerdings viele Partnerschaften. Neben den Kommunen und Landkreisen, den Gerichten oder den Finanzämtern muss das Land auch Einrichtungen, die nicht in seinem direkten Zuständigkeitsbereich liegen, in die Prozesse einbeziehen – etwa Gewerbezentralregister, Arbeitsagenturen und IHKs. Dabei sollte das Land vor allem Projekte angehen oder neu auflegen, die spürbare Kostenvorteile für Staat und Wirtschaft mit sich bringen. Im Fokus sollte der Nutzen für die Unternehmen stehen.

Kontrollen angemessen ausgestalten

Das Land muss seine Regeln zur Überwachung der Einhaltung von Rechtsvorschriften verhältnismäßig und angemessen ausgestalten. Bei der Überwachung sollte Ermessensspielraum im Einzelfall ermöglicht werden. Die Wirtschaft darf durch Überwachungsvorschriften nicht über Gebühr in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden. Insbesondere Verwaltungsgebühren für anlasslose Kontrollen, wie beispielsweise im Bereich des Veterinärwesens und der Lebensmittelkontrolle, sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken. Die Höhe solcher Gebühren muss darüber hinaus die Leistungsfähigkeit des jeweiligen Unternehmens berücksichtigen.



Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie für den Abbau bürokratischer Hemmnisse sorgen, denen Unternehmen im Land ausgesetzt sind?
- Wo sehen Sie konkrete Möglichkeiten, Zulassungs- und Genehmigungsverfahren effektiver und wirtschaftsfreundlicher zu gestalten?
- Welche Zulassungen und Genehmigungen halten Sie ggf. für verzichtbar?
- Wollen Sie sich für einen stärkeren und schnelleren Einsatz von E-Government-Lösungen im Wirtschaftsverkehr engagieren? Wenn ja: welche Strategie verfolgen Sie dabei?

Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

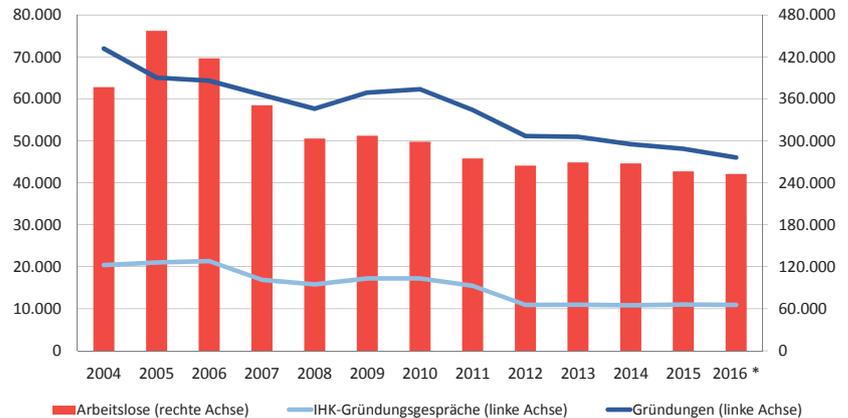


- Wir erstellen in verschiedenen IHK-Bezirken Standortprofile, aus denen sich auch bürokratische Belastungen der Unternehmen vor Ort ablesen und Handlungsempfehlungen entwickeln lassen.
- Wir setzen uns beim Land und den Kommunen für den Abbau unnötiger bürokratischer Belastungen ein.
- Um die Bürokratielasten der Unternehmen einzudämmen, bringen wir uns in alle relevanten Gesetzgebungsprozesse mit Stellungnahmen oder Positionspapieren gegenüber den Landesministerien und dem Landtag ein.

10. Unternehmensgründungen sowie FuE im Mittelstand erleichtern

Gründer sorgen für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Sie sind die Treiber einer prosperierenden Volkswirtschaft. Neue Geschäftsideen schaffen neues Wissen und Deutschland ist als rohstoffarmes Land besonders auf Unternehmertum und Innovationsgeist angewiesen. Nicht nur demografiebedingt ist jedoch die Zahl der Unternehmensgründungen in Niedersachsen seit zehn Jahren rückläufig (s. Abbildung 10). Dieser Sachverhalt gilt nicht nur für Gründungen allgemein, sondern insbesondere auch für technologieorientierte Unternehmensgründungen aus den Hochschulen oder anderen wissenschaftlichen Institutionen heraus.

Abbildung 10: Gründungen in Niedersachsen gehen zurück
Entwicklung von Gründungen, IHK-Gründungsgesprächen und Arbeitslosenzahlen in Niedersachsen 2004 bis 2016



* z. T. Hochrechnungen
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, DIHK, Gründerreport der IHK Hannover

Wie es ist

Selbstständigkeit ist eine nur selten verfolgte Berufsperspektive

Viele junge Menschen nehmen diese Möglichkeit der Selbstständigkeit kaum wahr – auch weil die Themen „Unternehmertum“ und „Wirtschaft“ im niedersächsischen Bildungssystem zu wenig präsent sind. Bei den derzeit wachsenden Arbeitsmarktchancen verlieren die Alternativen Gründung und Betriebsübernahme zusätzlich an Reiz, obwohl in einer steigenden Zahl von Unternehmen die Nachfolgefrage ungelöst ist. Gleichzeitig wird der demografische Wandel das Potenzial für Unternehmensgründungen weiter schrumpfen lassen. Im Ergebnis droht eine deutliche Ausdünnung des niedersächsischen Mittelstandes.

Öffentliche Finanzierungshilfen werden von Unternehmen als unübersichtlich wahrgenommen

Die NBank ist seit ihrer Gründung 2004 das zentrale Förderinstitut in Niedersachsen. Diverse Institutionen wurden im Laufe der Jahre in die NBank integriert, so dass die Zersplitterung der Förderlandschaft verringert werden konnte. Dennoch gibt es nach wie vor diverse Förderprogramme mit verhältnismäßig kleinen Fallzahlen. In der Folge werden die öffentlichen Finanzierungshilfen von vielen Unternehmen als unübersichtlich wahrgenommen.

Ausgaben für FuE-Aktivitäten sind im Mittelstand zu gering
Der Anteil der Ausgaben für Aktivitäten in Forschung und Entwicklung (FuE) ist in weiten Teilen des Mittelstandes zu gering. Als Hemmnisse für ein stärkeres Innovationsengagement nennen die Unternehmen u. a. hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess, einen hohen Aufwand zum Schutz geistigen Eigentums bzw. zur Durchsetzung eigener Schutzrechte, Hürden beim Zugang zu Wagniskapital und eine mangelhafte Breitbandversorgung.

Mittelständischen Unternehmen fehlen Kontakte zur Wissenschaft

Gerade mittelständischen Unternehmen fällt es im Vergleich zu Großunternehmen schwerer, Hochschulabsolventen als Berufseinsteiger zu gewinnen. Es mangelt zudem an konkreten Kooperationsmöglichkeiten mit Hochschulen oder anderen Forschungseinrichtungen.

Deutschland begünstigt Forschung und Entwicklung steuerlich nicht

Niedersachsen ist Impulsgeber für eine bundesweite steuerliche Forschungsförderung. Über die bewährten Förderinstrumente hinaus können auch veränderte steuerliche Rahmenbedingungen Anreize für Investitionen, beispielsweise in innovative Produktionsanlagen oder Grundlagenforschung, setzen. Hiervon könnten auch und gerade kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Deutschland ist eines der wenigen Länder innerhalb der OECD bzw. der EU, das Forschung und Entwicklung noch nicht steuerlich begünstigt.



Was zu tun ist



Selbstständigkeit in Lehrpläne aufnehmen

Die gesellschaftliche Wertschätzung des Unternehmertums kann die Gründungsdynamik wesentlich beeinflussen. Dies gilt insbesondere für Existenzgründungen aus der Wissenschaft heraus, die es besonders zu fördern gilt. Das Thema Selbstständigkeit gehört daher verstärkt in die Lehrpläne von niedersächsischen Schulen und Hochschulen. Know-how und Interesse am Unternehmertum erhöhen Gründungschancen, sind Basis für Gründungen mit Innovationspotenzial, legen den Grundstein für Betriebsnachfolgen und sichern den Fachkräftenachwuchs. Mehr Wirtschaft in der Schule kann außerdem zu einem realistischeren Unternehmerbild beitragen. Darüber hinaus sollten alle gesellschaftlichen Akteure stärker zur Selbstständigkeit ermuntern. Dies gilt neben Schulen und Hochschulen vor allem für die Politik und nicht zuletzt für die Unternehmer selbst.

Förderprogramme prüfen und in flexiblen Rahmenrichtlinien zusammenfassen

Die Bündelung der niedersächsischen Förderprogramme bei der NBank ist sinnvoll. Allerdings sollte das Land alle Finanzierungshilfen auf den Prüfstand stellen. Dabei sollte es vor allem Programme mit kleinen Fallzahlen bzw. geringen Fördervolumina sowie Programme, die parallel von anderen Institutionen wie der KfW angeboten werden, kritisch hinterfragen und ggf. einstellen. Die Transparenz für die Unternehmen könnte außerdem dadurch verbessert werden, dass die verbleibenden Programme in wenigen flexiblen Rahmenrichtlinien zusammengefasst werden. Ziel sollte dabei auch sein, die mit einem Förderprogramm verbundenen bürokratischen Lasten und Bearbeitungszeiten auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Technologietransfer durch den Abbau von Hemmnissen fördern

Das Land muss die Förderung des Technologietransfers zwischen wissenschaftlichen Institutionen und mittelständischen Unternehmen fortsetzen. Dabei sollte es insbesondere bestehende rechtliche Probleme zum Know-how-Schutz beim Technologietransfer abbauen. Administrative Hemmnisse technologieorientierter Unternehmensgründungen sind zu beseitigen.

Innovationspotenziale durch Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung bietet unter dem Schlagwort Industrie 4.0 auch im Mittelstand erhebliche Innovationspotenziale. Hierfür müssen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam und öffentlichkeitswirksam werben und die Chancen neuer Dienstleistungen und Geschäftsmodelle herausstellen. FuE-Aktivitäten in diesem Bereich sollten eine zeitlich begrenzte besondere finanzielle Förderung erfahren.

Forschung und Entwicklung steuerlich fördern

Zur Stärkung des Innovationsstandortes Niedersachsen sollte die Politik die FuE-Förderung auch für bestehende Unternehmen gemeinsam mit der Wirtschaft weiterentwickeln. Vor diesem Hintergrund setzt das niedersächsische Engagement für eine steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung ein richtiges Signal. Wie auch immer diese künftig ausgestaltet sein wird, sie darf keinesfalls zu Lasten der Projektförderung gehen. Bereits jetzt empfinden die Unternehmen das bestehende Steuersystem als äußerst bürokratisch. Eine weitere steuerliche Besonderheit darf daher auf keinen Fall die Bürokratie verstärken.

10. Unternehmensgründungen sowie FuE im Mittelstand erleichtern

Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Wie stehen Sie zum Unternehmertum und was tun Sie dafür, um das Thema Selbstständigkeit stärker in den Lehrplänen von Schulen und Hochschulen zu verankern?
- Welche Verbesserungsmöglichkeiten sehen Sie für die Forschungsförderung in Niedersachsen? Wie wollen Sie die Transparenz und Qualität der Förderprogramme ggf. verbessern?
- Wie wollen Sie sich für eine Intensivierung des Technologietransfers zwischen der Wissenschaft und mittelständischen Unternehmen einsetzen und für eine weitere Verbesserung der entsprechenden Rahmenbedingungen an den Hochschulen des Landes eintreten?
- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie technologieorientierte Existenzgründungen als volkswirtschaftlich sinnvoll herausstellen und besonders fördern?
- Wie stehen Sie zu einer steuerlichen Forschungsförderung auf Bundesebene?

Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

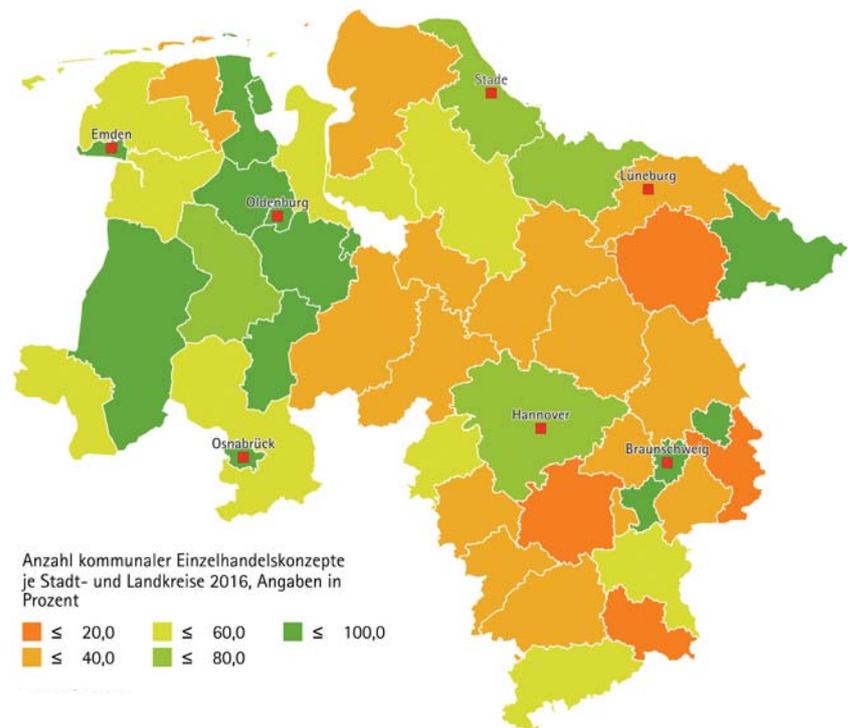


- Wir beraten bei Fragen zur Unternehmensgründung, -sicherung und -nachfolge und informieren über öffentliche Finanzierungshilfen.
- Wir geben gegenüber Land, NBank, NBB, KfW, BAFA und Agentur für Arbeit jedes Jahr hunderte fachkundige Stellungnahmen zu Vorhaben unserer Mitgliedsunternehmen ab.
- Wir setzen uns für eine praxisnahe und unbürokratische Antragstellung und Abwicklung von Förderprojekten ein.
- Wir fördern mit unserem flächendeckenden Netz der IHK-Innovationsberatungsstellen Kontakte zwischen mittelständischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen.
- In Arbeitskreisen und mit Unternehmensbesuchen/Best-Practice-Beispielen informieren wir über aktuelle Technologietrends und sensibilisieren den Mittelstand für Innovationspotenziale der Digitalisierung.
- Wir begleiten als Vertreter des wirtschaftlichen Gesamtinteresses das Gesetzgebungsverfahren zur Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung.

11. Versorgungsfunktionen des Handels in allen Wirtschaftsräumen auch raumordnerisch gewährleisten

Der stationäre Einzelhandel hat eine wichtige Versorgungsfunktion und bestimmt die Attraktivität von Städten und Gemeinden wesentlich mit. Er ist zudem wichtiger Arbeitgeber und ermöglicht durch flexible Arbeitszeiten den vielen Beschäftigten eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zugleich stehen viele Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne in Niedersachsen unter einem enormen Wettbewerbsdruck mit Standorten des großflächigen Einzelhandels auf der grünen Wiese und leiden unter der Zunahme des Online-Handels. Der Strukturwandel wird vielerorts dadurch verstärkt, dass sich inhabergeführte Geschäfte aus traditionellen Geschäftslagen zurückziehen. In der Folge nimmt in stärkeren Zentren die Uniformierung durch filialisierten Besitz zu, während in schwächeren Zentren eine Umwidmung in Richtung Dienstleistungen und Wohnnutzung stattfindet. An vielen Standorten geht der Strukturwandel einher mit Attraktivitätsverlust und zunehmendem Leerstand.

Abbildung 11: Nicht alle Kommunen steuern Einzelhandel aktiv
Kommunale Einzelhandelskonzepte in niedersächsischen Kommunen im Jahr 2016



Quelle: IHKN 2016

Wie es ist

In vielen Kommunen fehlen Einzelhandelskonzepte
In vielen Landkreisen, Städten und Gemeinden gibt es immer noch kein strategisch ausgerichtetes Einzelhandelskonzept, um gezielt mit den Auswirkungen der nachfrage- und angebotsseitigen Veränderungen auf die Standorte umzugehen (s. Abbildung 11).

„BID-Gesetz“ ist wichtige Voraussetzung für Bildung privater Quartiersinitiativen

Die Verabschiedung eines „Business Improvement District (BID) -Gesetzes“ für Niedersachsen ist eine wichtige Voraussetzung für die Bildung von privaten Quartiersinitiativen. Damit können die beteiligten Unternehmen ihre Quartiere auf sicherer Finanzierungsbasis und mit individuell zugeschnittenen Maßnahmen gemeinschaftlich vorantreiben und stärken. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen aber auch, dass die Initiativen in der Anfangsphase vielfach vor erheblichen organisatorischen und finanziellen Herausforderungen stehen.

11. Versorgungsfunktionen des Handels

Rechtslage zu Sonntagsöffnungen ist unklar

Das Niedersächsische Ladenöffnungs- und Verkaufszeitengesetz schafft nicht die notwendige Rechtssicherheit für die Durchführung verkaufsoffener Sonntage. Die aktuelle Rechtslage verunsichert Handel, Standortgemeinschaften und Genehmigungsbehörden und benachteiligt die niedersächsischen Handelsstandorte im Wettbewerb mit dem Online-Handel und benachbarten Ländern und Bundesländern. Ein verpflichtender Anlassbezug bei der Durchführung einer Sonntagsöffnung wäre mit mehr Bürokratie und deutlichen Risiken rechtlicher Auseinandersetzungen trotz vorliegender Genehmigung verbunden.

Online-Handel beschleunigt Strukturanpassung im stationären Handel

Das dynamische Wachstum des Online-Handels beschleunigt den Strukturwandel im stationären Einzelhandel. Die Zunahme des E-Commerce beruht auf verändertem Nachfrageverhalten aber auch auf ungleichen Wettbewerbsbedingungen. Der mittelständische Einzelhandel, aber auch viele Kommunen sind verunsichert und suchen nach der richtigen Strategie.

Fahrverbote behindern Erreichbarkeit der Innenstädte

Eine entscheidende Voraussetzung für einen starken Einzelhandel in den Innenstädten und Ortskernen bleibt die gute Erreichbarkeit mit dem Kfz. Die viel diskutierte Einführung von Fahrverboten für Diesel-Pkw, die nicht den neuesten Abgasstandard erfüllen, stellt vor diesem Hintergrund ein erhebliches Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit dieser Standorte dar.

Grundversorgung im ländlichen Raum ist gefährdet

Die Grundversorgung im ländlichen Raum gerät vielerorts sowohl bei öffentlichen Dienstleistungen als auch bei privatwirtschaftlichen Angeboten (z. B. Post, Bank, Einzelhandel, Dienstleistern oder Gastronomie) unter Druck.

Was zu tun ist



Attraktive Zentren erhalten und stärken

Attraktive Zentren und wohnortnahe Versorgungsstrukturen müssen erhalten bleiben und gestärkt werden. Das Land muss dabei großflächige Einzelhandelsvorhaben steuern und gleichzeitig die Nahversorgung im ländlichen Raum sichern. Eine strategische Ausrichtung von Stadt und Handel muss durch formelle und informelle Instrumente der Stadtentwicklung begleitet und gefördert werden.

Handelsflächenentwicklung an nicht-integrierten Standorten nur in Ausnahmefällen ermöglichen

In der übergeordneten Landes- und Regionalplanung ist darauf hinzuwirken, dass eine Handelsflächenentwicklung an nicht integrierten Standorten nur in Ausnahmefällen erfolgen kann. Diese müssen sich am Landes-Raumordnungsprogramm 2017 (LROP) orientieren und sind fundiert zu begründen. Negative Auswirkungen auf die arbeitsteilige Funktionsfähigkeit der Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren sind auszuschließen. Regionale bzw. kommunale Einzelhandelsentwicklungskonzepte bieten hierfür eine wichtige Grundlage.

Gründung von BIDs fördern

Das Land ist aufgefordert, die Gründungsphase von privaten Quartiersinitiativen (BIDs) durch direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung sowie eine zentrale Beratungsstelle zu fördern.

Hürden für Sonntagsöffnung nicht erhöhen

Das Land darf die Hürden für die Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen nicht erhöhen. Sonntagsöffnungen müssen im Interesse des Einzelhandels, der vielen aktiven Standortgemeinschaften und der Lebendigkeit in den Städten und Gemeinden bürokratiearm, ohne überbordende Regulierungen und rechtssicher erhalten bleiben.

Wettbewerbsverzerrungen zwischen Online- und stationärem Handel abbauen

Das Land sollte sich dafür einsetzen, dass Wettbewerbsverzerrungen im Handel abgebaut werden. So sollte die Besteuerung des Online-Handels der des stationären Handels angeglichen werden. Darüber hinaus brauchen der stationäre Einzelhandel und die Kommunen im Strukturwandel Orientierung. Dabei sollte das Land Hilfestellung geben, indem z. B. Foren oder Wettbewerbe initiiert oder unterstützt werden, mit denen Best Practices im Bereich der Verknüpfung „Online-Offline“ identifiziert werden können.

Erreichbarkeit der Innenstädte sicherstellen

Das private Kfz ist unverändert das wichtigste Verkehrsmittel für den Einkaufs- und Lieferverkehr und darf z. B. durch Fahrverbote nicht beschränkt werden. Gemeinsam mit den Kommunen sind individuelle Strategien gegen die Überschreitung von Grenzwerten zu entwickeln.

Grundversorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Eine funktionierende Grundversorgung mit einem Lebensmittelangebot ist von zentraler Bedeutung für die Attraktivität und Perspektive ländlich geprägter Standorte. Bereits heute gibt es Positivbeispiele, wie sich z. B. Lebensmittelangebote in Form eines Dorfladens mit ergänzenden Dienstleistungen auch in kleineren Ortschaften ohne Subventionierung wirtschaftlich tragfähig gestalten lassen. Diese sollten als Benchmark dienen.

Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Setzen Sie sich für die Unterstützung neuer BID-Initiativen ein? Welche Ansätze einer finanziellen Förderung halten Sie für geeignet?
- Engagieren Sie sich für eine einfache, bürokratiearme und rechtssichere Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen im Land Niedersachsen?
- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den stationären Einzelhandel im Strukturwandel unterstützen? Wie wollen Sie Wettbewerbsverzerrungen zwischen Online- und stationärem Handel abbauen?

Was die IHKN tut / Was die IHKs tun



- Wir bewerten großflächige Einzelhandelsvorhaben nach raumordnerischer und städtebaulicher Verträglichkeit.
- Wir nehmen gegenüber dem Land zum Landes-Raumordnungsprogramm, zum BID- sowie zum Ladenöffnungs- und Verkaufszeitengesetz Stellung.
- Wir sensibilisieren und informieren Haus- und Grundeigentümer, Gewerbetreibende und Kommunen zu BIDs.
- Wir beraten und unterstützen beim Aufbau von informellen Instrumenten der Stadtentwicklung, z. B. von kommunalen/regionalen Einzelhandelskonzepten, Stadt- und Citymarketing oder Quartiers- und Leerstandsmanagement.
- Wir bieten Informationsmaterial, wie den Leitfaden „Kommunale Einzelhandelskonzepte“, und Informationsveranstaltungen, z. B. das IHK-Forum Stadtmarketing oder den Zertifikatslehrgang „Citymanager/Quartiersmanager (IHK)“.

12. Potenziale im Tourismus gezielt ausschöpfen

Der Tourismus hat hohes wirtschaftliches Gewicht. Auf der Basis von 42,8 Mio. Übernachtungen und 14,1 Mio. Ankünften im Jahr 2016 generiert er eine Wertschöpfung von rund 3,4 Mrd. Gleichzeitig tragen touristische Angebote erheblich zur Standortattraktivität bei – ein wichtiger Faktor im Wettbewerb um Fachkräfte. Der Tourismus ist zudem ein Integrationsmotor: 29 Prozent der Beschäftigten in deutschen Gastgewerbebetrieben haben einen Migrationshintergrund.

Abbildung 12: Bei ausländischen Gästen noch Potenzial
Anteil der Übernachtungen ausländischer Gäste in Prozent im Jahr 2016



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes

Wie es ist

Im Tourismus fehlen Fachkräfte

Zunehmend wird es für die Tourismuswirtschaft schwieriger, Ausbildungsplätze zu besetzen und Fachkräfte zu halten. Die bei der IHK eingetragenen neuen Ausstellungsverhältnisse im Hotel- und Gaststättengewerbe sind in den vergangenen fünf Jahren um 23,5 Prozent zurückgegangen. Die hohe Bereitschaft der Tourismuswirtschaft, ausländische Arbeitskräfte und auch Flüchtlinge zu beschäftigen, wird von bürokratischen Hürden und Wartezeiten ausgebremst.

Touristische Infrastruktur ist verbesserungsfähig

Die infrastrukturelle Erreichbarkeit vieler touristischer Ziele ist lückenhaft. Insbesondere ländliche Destinationen sind für Personen ohne eigenes Fahrzeug oft nicht oder schwer erreichbar. Mitunter ist auch die Mobilität der Gäste vor Ort eingeschränkt. Zusätzlich erfüllt die Breitband-Anbindung vielfach nicht die Ansprüche der touristischen Leistungsanbieter, die sich in einem immer digitaler werdenden Markt behaupten müssen. Auch den Erwartungen der Gäste wird die digitale Infrastruktur vielfach nicht gerecht.

Bettensteuer und Tourismusabgabe belasten Betriebe

Obwohl die Tourismuswirtschaft einen hohen regionalwirtschaftlichen Beitrag leistet, wird sie weiteren Belastungen wie Bettensteuern und Tourismusabgaben ausgesetzt, die ihre Entwicklungsfähigkeit einschränken. Sie ist zudem mit stetig wachsender Bürokratie konfrontiert – auf Landesebene etwa durch die Einführung einer Gebührenpflicht für nicht-anlassbezogene Hygieneüberprüfungen im Gastgewerbe. Insbesondere auf Bundesebene wurden neue Bürokratielasten wie die Mindestlohndokumentation, Allergenkennzeichnung oder die Pauschalreiserichtlinie eingeführt.

Zahl ausländischer Gäste ist in Niedersachsen gering

Bei ausländischen Gästen hat der Niedersachsen-Tourismus noch „Luft nach oben“ (s. Abbildung 12). Während Niedersachsen gemessen an den Übernachtungszahlen insgesamt auf Platz 4 der Bundesländer steht, rangiert es bei Übernachtungen ausländischer Gäste nur auf Platz 7. Vergleicht man den prozentualen Anteil der Übernachtungen ausländischer Gäste, so erreicht Niedersachsen lediglich Rang 11.

Kooperations- und Vermarktungspotenziale werden nicht vollständig genutzt

Der Tourismus ist auf kommunaler Ebene oft kleinteilig strukturiert. Teilweise besteht ein Mangel an Kooperationswillen. Das führt zu ineffizienter Aufgabenerfüllung. Die touristische Vermarktung konzentriert sich außerdem auf die großen Urlaubsthemen wie Wandern und Radfahren. Wichtige Märkte wie Geschäfts-, Tagungs- und Messtourismus oder auch Nischenmärkte wie der Wasser-, Kultur-, Gesundheits- oder Reittourismus finden kaum politische Beachtung.

Was zu tun ist



Anwerbung ausländischer Azubis und Fachkräfte erleichtern

Das Land muss die Bemühungen der Betriebe um Ausbildungs- und Fachkräfte der Tourismuswirtschaft weiter unterstützen. Dazu sollte es die Möglichkeit der Anwerbung ausländischer Fachkräfte über das derzeitige Maß hinaus erleichtern. Das Land sollte gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung dafür sorgen, dass die notwendigen Verfahren zur Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis transparent und wirtschaftsfreundlich gestaltet werden. Das Land sollte außerdem dazu beitragen, das Angebot qualifizierter Sprach- und Integrationskurse weiter auszubauen.

Infrastruktur der touristischen Standorte (Destinationen) optimieren

Das Land muss die Verkehrsanbindung der touristischen Destinationen weiter optimieren. Dazu gehören ein leistungsfähiges Straßennetz und ein attraktiver ÖPNV ebenso wie die Entwicklung und Förderung intelligenter Mobilitätssysteme, auch als Bestandteil touristischer Gästekarten. Gleichzeitig muss die Landesregierung dazu beitragen, die digitale Infrastruktur, insbesondere die Breitbandanbindung, zügig und flächendeckend auf ein bedarfsgerechtes Niveau zu heben. Die Betriebe brauchen zudem leichten Zugang zu Unterstützung und Förderung ihrer Digitalisierungsbemühungen. Im „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum“ sollte der Tourismus eine Rolle spielen.

Einseitige Belastungen der Tourismusbetriebe vermeiden

Das Land sollte zusätzliche einseitige Belastungen der Tourismusbetriebe vermeiden, wie sie z. B. auch durch die Neuregelungen im Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz möglich werden. Diese schränken den Spielraum für notwendige Investitionen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ein. Darüber hinaus sollte das Land angesichts der schon bestehenden bürokratischen Belastungen weitere Erschwernisse vermeiden. Statt eines landesweiten Kennzeichnungssystems (Hygienebarometer) ist z. B. eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Instrumente anzustreben. Bei anderen Regelungen wie z. B. dem Arbeitszeitgesetz sollte das Land zeitgemäße Anpassungen, die den Bedürfnissen der Unternehmen und Gäste gerecht werden, ggf. über den Bundesrat vornehmen.

Standortmarketing auf ausländische Gäste ausrichten

Die Zahl ausländischer Gäste in Niedersachsen wächst zwar, aber noch zu langsam. Erste Schritte mit dem Ziel, mehr ausländische Gäste für Niedersachsen zu begeistern, sind bereits getan. Die Bemühungen sollten aber weiter ausgebaut und stärker vorangetrieben werden. Hier liegt Wachstumspotenzial. Das Land sollte diese Zielgruppe in das Standortmarketing für Niedersachsen integrieren.

12. Potenziale im Tourismus gezielt ausschöpfen

Kooperations- und Vermarktungspotenziale ausschöpfen

Die Landestourismuspolitik sollte sich weiterhin dafür einsetzen, effiziente touristische Organisationsstrukturen zu schaffen und sinnvolle touristische Kooperationen zu fördern. Dafür sollte das Land lokale Tourismusakteure beim Aufbau bzw. der Weiterentwicklung effizienter Strukturen mit einer unterstützenden Finanzierung begleiten.

Neben den wichtigen Volumenmärkten müssen außerdem attraktive Nischenmärkte von der TourismusMarketing Niedersachsen GmbH berücksichtigt und weiterentwickelt werden. Der Geschäftsreiseturismus mit den Sparten Tagungen, Begleitprogramme, Kongresse und Events (MICE) generiert niedersachsenweit rund acht Prozent der Übernachtungen – bundesweit sind es 14 Prozent. Die Stellung Niedersachsens als Pferdeland Nr. 1 und reittouristische Desti-

nation bietet Vermarktungschancen, zumal andere Bundesländer die Entwicklung des Reittourismus mit spezifischen Konzepten stärker vorantreiben. Auch die kulturelle Vielfalt des ländlichen Raums oder der Wassertourismus müssen als touristisches Potenzial besser genutzt werden. Zudem ist der Gesundheitstourismus ein Thema, das weiter gestärkt werden sollte.

Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Wie wollen Sie dazu beitragen, das Image der Tourismusbranche weiter zu verbessern?
- Wie wollen Sie bürokratische Hemmnisse im Tourismus eindämmen?
- Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Tourismuswirtschaft auch künftig den finanziellen Spielraum für notwendige Investitionen und Innovationen hat?
- Wie kann es aus Ihrer Sicht gelingen, mehr ausländische Gäste für Niedersachsen zu gewinnen?
- Wie können touristische Wachstumsmärkte wie der Geschäftsreiseturismus (MICE), der Reittourismus, der Kultur- oder der Gesundheitstourismus noch intensiver bearbeitet werden?

Was die IHKN tut / Was die IHKs tun

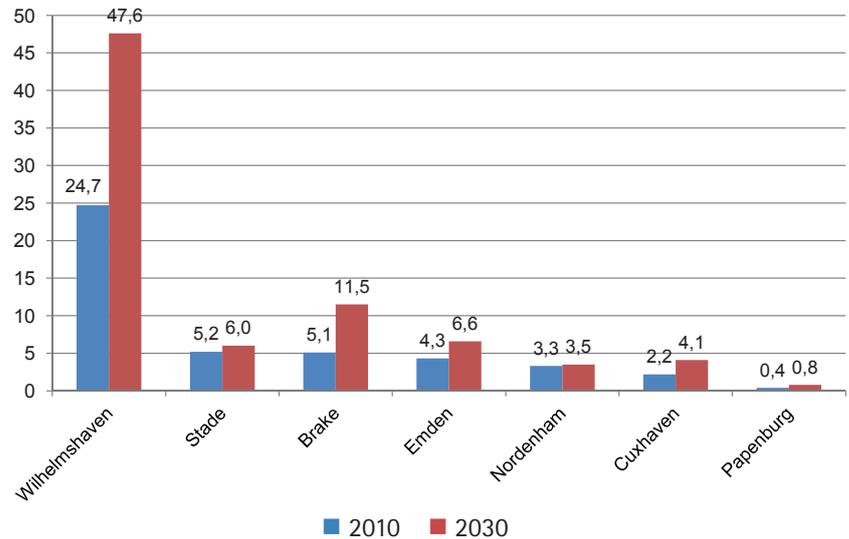


- Wir setzen uns für den Abbau unnötiger zusätzlicher bürokratischer und finanzieller Belastungen für touristische Betriebe ein.
- Wir sind Impulsgeber, Netzwerkpartner und Kommunikationsplattform für wichtige Branchenthemen.
- Wir stoßen gemeinsam mit Akteuren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft zukunftsträchtige Tourismusprojekte an.
- Wir bieten umfangreiche Beratung für Betriebe, die ausländische Arbeitskräfte und Flüchtlinge beschäftigen wollen, z. B. in Form von „Willkommenslotsen“.
- Wir informieren in Veranstaltungen Betriebe und Tourismusexperten, etwa auf dem zweijährlichen Tourismustag Niedersachsen der IHKN.

13. Maritime Wirtschaft für die Märkte der Zukunft rüsten

Von den niedersächsischen Seehäfen hängen in Niedersachsen mehr als 40.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt ab. Neben der Hafenwirtschaft bildet die Schifffahrt einen zentralen Bestandteil der maritimen Wirtschaft. Mit zahlreichen Reedereien, insbesondere an der unteren Ems und der Niederelbe, ist Niedersachsen nach Hamburg der zweitgrößte Reedereistandort Deutschlands. An der Ems und an der Unterweser sind zudem Weltmarktführer des Passagier- und Spezialschiffbaus mit einem umfassenden regionalen Zuliefernetzwerk vertreten. Der Bereich Offshore-Windenergie hat sich für die norddeutschen Küstenstandorte zu einem bedeutenden industriellen Standbein entwickelt.

Abbildung 13: Überdurchschnittliche Zuwächse erwartet
Umschlagsentwicklung der niedersächsischen Seehäfen
2010-2030 in Mio. Tonnen



Quelle: MWP - IHS - UNICONSULT - Fraunhofer CML 2014: Verflechtungsprognose 2030 – Los 2 (Seeverkehrsprognose). Für die Seehäfen Papenburg und Oldenburg liegen in der Seeverkehrsprognose keine Daten vor.

Wie es ist

Umschlag an Seehäfen wird zunehmen

Laut Seeverkehrsprognose des Bundes wird der Umschlag der deutschen Seehäfen bis zum Jahr 2030 um jährlich 2,8 Prozent zunehmen. Die niedersächsischen Seehäfen werden als Drehscheibe im internationalen Güterverkehr überdurchschnittliche Zuwächse verzeichnen können (s. Abbildung 13). Gleichzeitig geht der Trend hin zu größeren Schiffen, mit denen sich Güter kostengünstiger und umweltschonender transportieren lassen. Ein wachsender Güterumschlag im Seeverkehr und zunehmende Schiffsgößen erfordern eine stetige Anpassung und den Erhalt der Hafeninfrastruktur.

Hafenhinterlandanbindungen sind die Schlagadern der Seehäfen

Im Zuge der prognostizierten Umschlagszuwächse wird der Seehafenhinterlandverkehr um rund 25 % stärker zunehmen als der Güterverkehr insgesamt. Auch die seewärtigen Zufahrten der Seehäfen und das Binnenwasserstraßennetz müssen dem steigenden Schiffsverkehr und den wachsenden Schiffsgößen bedarfsgerecht angepasst werden. Die wesentlichen Verkehrsprojekte für den bedarfsgerechten Ausbau der verkehrlichen Anbindung der niedersächsischen Seehäfen sind im „Vordringlichen Bedarf“ des neuen Bundesverkehrswegeplans enthalten.

13. Maritime Wirtschaft für die Märkte der Zukunft rüsten

Niedersächsische maritime Wirtschaft leistet für Energieversorgung in Deutschland wesentlichen Beitrag

Wilhelmshaven ist als Energiedrehscheibe Nr. 1 der wichtigste Imphafen für Kohle und Öl. Zur Diversifizierung der Gasversorgung, aber auch immer mehr als sauberer Schiffstreibstoff, wird Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas, bzw. LNG) künftig eine wachsende Rolle spielen. Hier bieten Wilhelmshaven, aber auch Stade hervorragende Entwicklungspotenziale für die Errichtung von LNG-Infrastrukturen. Im Bereich der Offshore-Windenergie kommt Niedersachsen deutschlandweit eine große Bedeutung zu. Mit dem Deutschen Offshore-Zentrum Cuxhaven ist ein Basishafen verfügbar, von dem aus Unternehmen Komponenten zu den Windparks verschiffen können. Service- und Wartungsfirmen nutzen die niedersächsischen Häfen als Basis für ihre Offshore-Aktivitäten.

Schiffahrtskrise hat Reeder hart getroffen

Die seit 2008 andauernde Schiffahrtskrise hat die Reeder in Niedersachsen hart getroffen. Laut dem Verband Deutscher Reeder sind allein in den letzten fünf Jahren über zehn Prozent der niedersächsischen Reedereien und rund 25 Prozent der Schiffe vom Markt verschwunden. Die Reedereien leiden dabei unter den Überkapazitäten am Weltmarkt und, nach zwischenzeitlicher Erholung, weiterhin niedrigen Frachtraten. Auch zunehmende internationale Umweltauflagen stellen Probleme dar, da sie oftmals hohe Investitionen in die Schiffstechnik erfordern. Zusammen mit der Zurückhaltung der Banken bei der Finanzierung sind für viele Reeder weder Betrieb noch Verkauf eines Schiffes aktuell rentabel.

Was zu tun ist

Mittel für den Erhalt der Seehäfen erhöhen

Die Finanzierung der Seehäfen bleibt grundsätzlich Aufgabe der öffentlichen Hand. Fehlende öffentliche Investitionen haben teilweise zum Substanzverzehr von Hafeninfrastruktur geführt. Das Land muss dieser Entwicklung entgegenwirken, um auch weiterhin den Anforderungen einer Exportnation Rechnung zu tragen. Die jährlichen Mittel im Landeshaushalt für den nachfrageorientierten und vorausschauenden Ausbau der Infrastruktur in den niedersächsischen Seehäfen müssen erhöht werden. Für den Erhalt und den Ausbau der Seehafeninfrastruktur ist eine verlässliche, marktkonforme und umsetzbare Finanzierung erforderlich, die den Substanzverzehr der letzten Jahrzehnte ausgleicht.

Kapazitäten bei allen Verkehrsträgern erweitern

Im Zuge der prognostizierten Zunahme im Seegüterverkehr sind deutliche Kapazitätserweiterungen bei allen Verkehrsträgern zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens notwendig. Das Land sollte bedarfsgerechte Fahrrinnenanpassungen der Flüsse künftig aktiv fördern, um die verkehrliche Funktion der Spezialhäfen an Weser, Ems und Elbe nicht zu gefährden. Weiterhin muss das Land die im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Verkehrsprojekte zur verbesserten verkehrlichen Anbindung der Seehäfen für den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit und im gesamtwirtschaftlichen Interesse zügig umsetzen. Kapazitätsengpässe in den Planungsbehörden des Landes Niedersachsen und des Bundes dürfen die Projekte nicht verzögern. Hier ist die Politik gefordert, ausreichende Planungskapazitäten bereitzustellen.

Versorgungsinfrastruktur für Flüssigerdgas aufbauen

Als sauberer Treibstoff der Zukunft und zur Sicherung der Energieversorgung des Wirtschaftsstandortes Deutschland erlangt Flüssigerdgas (LNG) eine zunehmende Bedeutung. Die Landespolitik ist gefordert, sich für den Aufbau einer bedarfsgerechten Versorgungsinfrastruktur für LNG in den Häfen einzusetzen und auf die Verankerung von LNG in die nationale Energiestrategie des Bundes hinzuwirken.

Kreditbedingungen für Schiffsfinanzierungen anpassen

Es ist davon auszugehen, dass sich die internationale Schifffahrtskrise fortsetzen und gerade für kleinere Reedereien eine große Herausforderung darstellen wird. Die Anschaffung neuer Schiffe, der Einsatz neuer Technologien oder auch nur die Instandsetzung wird durch die geringen Gewinne und den Rückzug vieler Banken aus der Schiffsfinanzierung massiv erschwert. Um den Reedereistandort Norddeutschland zu erhalten, ist es notwendig, die für die Schiffsfinanzierung bestehende Kreditklemme wieder aufzuheben. Die aktuellen Restrukturierungsmaßnahmen bei den Landesbanken können hierfür ein erster Schritt sein. Gleichzeitig muss auf europäischer Ebene dafür Sorge getragen werden, dass es nicht zu Marktverzerrungen kommt, wenn in verschiedenen Regionen unterschiedliche Umweltstandards gelten.



Was antworten die Landtagskandidaten auf folgende Fragen?



- Wie wollen Sie sich für einen bedarfsgerechten Ausbau und Erhalt der niedersächsischen Hafeninfrasturktur einsetzen?
- Welche Spielräume sehen Sie, die Mittel im Landeshaushalt für den erforderlichen und bedarfsgerechten Ausbau und Erhalt der Hafeninfrasturktur zu erhöhen?
- Wie möchten Sie das Thema LNG zum Nutzen der niedersächsischen Wirtschaft vorantreiben?
- Wie wollen Sie sich für den Bereich Offshore-Windenergie engagieren? Welche niedersächsischen Seehafenstandorte sollen aus Ihrer Sicht weiterentwickelt werden?
- Welchen Ansatz verfolgen Sie, um die Rahmenbedingungen für die Reedereiwirtschaft zu verbessern und die Branche bei dem Weg aus der Krise zu unterstützen?

Was die IHKN tut / Was die IHKs tun



- Wir nehmen im Interesse der maritimen Wirtschaft zum bedarfsgerechten Ausbau und Erhalt der Hafeninfrasturktur sowie der seewärtigen Zufahrten und der Seehafenhinterlandanbindungen Stellung.
- Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der niedersächsischen Infrastrukturprojekte des Bundesverkehrswegeplans ein – auch mit Blick auf eine stärkere Verknüpfung von See- und Binnenhäfen.
- Wir beraten Reeder bei Finanzierungsproblemen und stellen Kontakte zu den spezialisierten Banken her.
- Wir beteiligen uns an der Meinungsbildung der Unternehmen über die ehrenamtlichen Gremien und kommunizieren ihre Standpunkte und Forderungen gegenüber Politik und Verwaltung.

